

Bezugspreis: Für den Monat September 200. — W. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, East- und Westpreußen, sowie Oesterreich und Luxemburg 200. — W. für das übrige Ausland 220. — W. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Berichts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Gemüths“ und der Beilage „Erdkunde und Reiseberichte“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einspaltige Konvaleszenzliste kostet 40.— M. Reklamzettel 100.— M. „Kleinanzeigen“ das fertige Blatt 12.— M. (quillig für fertige druckte Worte), jedes weitere Wort 10.— M. Stellengsuche und Schloßbesetzungen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 15.— M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Größere von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
und 2506-2507

Sonnabend, den 16. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

## Antwort nach Havensteins Rückkehr.

Brüssel, 15. September. (Agence Belge.) Der deutsche Gesandte Landsberg stellte dem Außenminister Jaspar einen Besuch ab und erklärte ihm, die deutsche Regierung werde ihm sobald mitteilen, daß der Reichsbankpräsident Havenstein auf Ersuchen der deutschen Regierung sich nach London begeben habe und die Reise des Reichsbankpräsidenten geeignet sei, die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der belgischen Regierung zu beschleunigen.

Nach einer „Temps“-Meldung hat Gesandte Landsberg sich auch über die Haltung Belgiens im Falle einer Ablehnung der belgischen Forderung erkundigt. Der Korrespondent will wissen, daß Ichnis und Jaspar im gegenwärtigen Zustand der Frage nicht beabsichtigen, ihre Haltung zu ändern. Jaspar habe nach dem Weggehen Landsbergs die Vertreter Frankreichs und Englands empfangen und sie von der Besprechung mit dem deutschen Gesandten in Kenntnis gesetzt.

Reichsbankpräsident Havenstein ist Freitag abends in London eingetroffen. — Das Reichskabinett nimmt eine abwartende Stellung ein und hat sich am Freitag lediglich mit dem Sinnes-Lubersack-Vertrag beschäftigt.

Paris, 15. September. (WIB.) Polucaré hat heute den deutschen Botschafter Dr. Mayer empfangen.

### Tagung des Parteiausschusses in Augsburg.

Als Auftakt zu dem am Sonntag in Augsburg beginnenden Sozialdemokratischen Parteitag tritt der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei am Sonnabend in Augsburg zu einer Sitzung zusammen. Hauptaufgabe des Parteiausschusses ist dabei, die endgültige Tagesordnung für den Parteitag festzusetzen.

### Englische Abgeordnete auf dem Augsburger Parteitag.

Die englische Arbeiterpartei hat zu ihren Vertretern auf dem Augsburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die Parlamentsmitglieder Ammon und Rhys Davies ernannt.

### Wie Frankreich Oesterreich hilft.

Im Finanzausschuss des österreichischen Nationalrats (5. September) berichtete Dr. Bauer (Soz.):

Die österreichische Regierung hatte die Absicht, das Botschafterpalais in Paris zu verkaufen. Die französische Regierung hat nun der österreichischen mitteilen lassen, daß sie selbst das Haus gern kaufen möchte, es aber nicht tun könne, weil die französische Kammer in diesem Zeitpunkt nicht so große Ausgaben für unproduktive Zwecke machen wolle, daß aber der Kauf in einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden könne. Daraus hat die österreichische Regierung der französischen zwar kein formelles, aber ein tatsächliches Vorkaufrecht eingeräumt. Nun hat ein Privater das Palais um 25 Millionen französischer Franc kaufen wollen, die österreichische Regierung hat das der französischen mitgeteilt und es ihr freigestellt, von ihrem Vorkaufrecht Gebrauch zu machen. Die französische Regierung hat nun dafür gesorgt, daß der private Käufer zurücktrat und hat selbst einen bedeutend niedrigeren Betrag geboten.

Wenn es richtig ist, daß die französische Regierung es der österreichischen Regierung unmöglich gemacht hat, sich durch den Verkauf ihres Eigentums 25 Millionen Franc zu verschaffen, während sie andererseits einen Keinen Teil des bewilligten 55-Millionen-Vorkaufes nur unter den drückendsten Bedingungen flüssig machen zu wollen erklärte, dann war die Angelegenheit offenbar zur Sprache zu bringen.

Finanzminister Segur begnügte sich mit der Bemerkung, die österreichische Regierung habe das Angebot der französischen Regierung abgelehnt, da ihr die Höhe dieses Angebots im Verhältnis zum Werte des Gebäudes nicht entsprechend erschien. . . Daraus ist zu entnehmen, daß Bauers Mitteilungen richtig sind und daß es so ist: die französische Regierung hat sich an dem armen Oesterreich in schamloser Weise bereichern wollen. . .

Im Nationalrat forderten die Sozialdemokraten Durchführung ihres Steuer- und Rettungsprogramms und wandten sich entschieden gegen eine herabsetzende ausländische Kontrolle, wie kein Volk sie sich gefallen lassen könne.

Es heißt, daß amerikanische Banken zur Kreditgewährung bereit seien, wenn die Bedingungen angenommen werden, die der Völkerbund aufstellen werde. Inzwischen schwoll die Papiergeldlawine dermaßen an (sie ist hier in der zweiten Billion), daß Dr. Stöcker berechnet, die Grenze der Emissionsbefugnis der noch gar nicht bestehenden Notenbank werde im Augenblick ihrer Gründung schon überschritten sein.

Offenbar deshalb plant die Regierung Seipel (nach einer III. Meldung) die Einbringung einer Novelle zum Induzgesetz, wonach in Zukunft eine Ermäßigung der Bezahlung aller Bundesangestellten um 50 Proz. der jeweiligen Inzessier (Septembermitte gegen Augustmitte 91 Proz.) erfolgen soll. Man glaubt, daß schon in diesem Monat die Bundesangestellten zum letzten Male zum vollen Inzess ausgezahlt wurden. Am Montag werden alle Posttarife verdoppelt.

### Staatschutz gegen die Minderheiten!

Genf, 15. September. (WIB.) Der Unterausschuss des 6. Ausschusses (Mandatsfragen) nahm auf Wunsch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Benesch einen Antrag an, in welchem gefordert wird, das Generalsekretariat des Völkerbundes möge dem Rat nicht nur bei der Prüfung der Klagen von Minderheiten über die Verletzung der Minoritätsverträge zur Seite stehen, sondern ihn auch darüber informieren, wie die Mitglieder von nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten ihre Pflichten gegen den Staat erfüllen. Die hierüber gesammelten Auskünfte müßten dann allen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zur Verfügung stehen.

Der Unterausschuss für Bekämpfung der Sklaverei besprach den neuseeländischen Antrag, eine Untersuchung über Sklaverei in Abessinien einzuleiten, wobei der französische Vertreter auf die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens hinwies, das englische Mitglied eine Untersuchung durch die diplomatische Vertretung Italiens, Frankreichs und Englands anregte und der portugiesische Vertreter dagegen Stellung nahm, daß eine solche Untersuchung sich auf den ganzen afrikanischen Erdteil erstreckte.

Lord Georges Sekretär, Sir Edward Grigg, der auch in Genua war, ist in Genf eingetroffen. Vorbote?

Ungarns Aufnahme in den Völkerbund ist vom Ausschuss trotz tschechoslowakischer Bedenken wegen nichterfüllter Reparationsgebots (Ungarn hat selbst viele Wagnisse und fast alle seine Bodenschätze opfern müssen) beschlossen worden; daß Ungarn nicht abrückt und ein asiatisches Terrorregime führt, erscheint in Genf weniger wichtig.

### Französischer Militärprozess gegen Deutsche.

Main, 15. September. (WIB.) Vor dem Kriegsgericht des Generalstabs der französischen Rheinarmee fanden heute unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen militärischer Spionage zum Nachteil der Ententemächte: 1. Der Redakteur Richard Hecht, Frankfurt a. M.; 2. dessen Sohn, der 19jährige Gymnasiast Wilhelm Hecht, Frankfurt a. M.; 3. der Beigeordnete Dr. Erich Besche, Kreuznach; 4. der Bürgermeistersekretär Albrecht Bohner, Elm (Rheine); 5. der Doktor Mohr, Trier; 6. der Kaufmann Jakob Kircht, Wittlich (Mosel); 7. der Kaufmann Wilhelm Hählein, Mainz; 8. der Redakteur Otto Ch. Wiesbaden. Nach der Anklageschrift waren sie beschuldigt, vom April 1921 bis Juni 1922 im besetzten Gebiet im Einverständnis mit einer fremden Macht sich Dokumente und Nachrichten über die französischen Besatzungstruppen sowie militärischer Befehle verschafft und Agenten des deutschen Spionagedienstes im unbesetzten Gebiet mitgeteilt zu haben. Gegen den Angeklagten Richard Hecht wurde in contumaciam verhandelt. Das öffentlich verkündete Urteil lautete: Hecht in contumaciam 30 Jahre Gefängnis, Hecht jun. 5 Jahre Gefängnis, Besche 4 Jahre Gefängnis, Bohner 2 Jahre Gefängnis, Mohr 4 Jahre Gefängnis, Kircht 4 Jahre Gefängnis, Hählein 2 Jahre und Ch. 3 Jahre Gefängnis. Sämtliche Angeklagten waren geständig.

Welcherart die Spionage gewesen sein soll, sagt das Urteil nicht.

### Das brennende Smyrna.

Paris, 15. September. (Havas.) Smyrna brennt seit zwölf Stunden. Das europäische Viertel mit seinen schönen Häusern und seinen großen Speichern, alle am Meer stehenden Häuser, sowie die meisten französischen Niederlassungen sind ein Raub der Flammen geworden. Die französischen Schiffe haben mehr als 3000 Flüchtlinge aufgenommen. Die italienischen Schiffe bemühen sich, die Mitglieder der italienischen Kolonie zu retten.

Gegen türkische und auch bulgarische Gefahren wird angeblich in Südwesten und Rumänien auf griechische Bitte gerufen, sogar mobilgemacht.

Eine Folge des Türkensieges ist — nach einer Pariser Meldung — daß die Araber in Palästina die englische Verwaltung boykottieren. Sie haben auf einer Konferenz in Madras beschlossen, sich an den Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung nicht zu beteiligen und wollen am Tage der Verfassungseinführung in den Generalstreik (?) treten. General Allenby ist aus Ägypten nach Palästina abgereist.

Italien zeigt sich in seiner Presse stark beunruhigt durch das Wiederaufstehen Benizelos, wovon man das Gegenteil der Beruhigung im Osten erwartet.

Wie die Pariser „Action Française“ erzählt, hat die französische Regierung Befehl gegeben, daß die französischen Truppen, die in dem asiatischen Schari und in Ichanal oder an irgendeinem anderen Punkt des asiatischen Küfers der Dardanellen stehen, sobald als möglich zurückgezogen werden. — Das bedeutet die Nichtteilnahme an der englischen Aktion zum Schutz der Dardanellen gegen die Türken. Frankreich will den Türken nicht offenes Mikrotien bezeugen, wie es England durch seine Truppenverstärkungen tut.

Bei einer Siegesfeier in der Stambuler Hauptmoschee ergriß der Thronfolger das Wort, um die Größe des Ereignisses zu feiern.

## Die Feinde der Arbeiter.

Von Clemens Rörpel.

„List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigen der Wahrheit anzuwenden“, ist nach Lenin eine Kunst, die jeden Kommunist verstehen muß. Ganz an der Wahrheit, d. h. an den harten Tatsachen vorbeizugehen, ist jedoch anscheinend auch für die kommunistische Partei Deutschlands unumgänglich. Das ergibt sich vollkommen einwandfrei aus dem Studium des Zentralorgans dieser Partei, der „Roten Fahne“. Dieses Organ zerfällt in zwei streng voneinander getrennte Teile, die scheinbar ohne Übereinstimmung nach ganz verschiedenen Methoden bearbeitet werden. Da ist zuerst der politische Teil, in welchem die Methoden Lenins restlos zur Anwendung kommen. Dann kommt die Beilage „Wirtschaftliche Rundschau“, in welcher die verschiedensten Mitarbeiter zu Feststellungen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge kommen, die mit den Lügen, Verdrehungen und Verhöhnungen des politischen Teils nicht das allergeringste zu tun haben. Doch dies den Lesern der „Roten Fahne“, also den wachsenden Kommunisten, noch nicht aufgefalle ist, ist entweder wiederum auf die Methoden Lenins zurückzuführen oder, und dies erscheint als das Näherliegende, darauf, daß sie den wirtschaftlichen Teil ihrer eigenen Zeitung nicht lesen, weil ja bekanntlich zum Lügen besondere Kenntnisse nicht erforderlich sind. Nunmehr soll die „Wirtschaftliche Rundschau“, Beilage zur „Roten Fahne“, selbst zu Wort kommen.

Mittwoch, den 2. August 1922: — Es ist ganz selbstverständlich und bleibt unumstößlich, daß die Reparationsverpflichtungen die Zahlungsbilanz Deutschlands verschlechterten, daß durch die notwendigen Einkäufe von fremden Devisen für die Reparationszahlungen eine Verschlechterung des Marktkurses herbeigeführt wird. Die Zahlungsbilanz Deutschlands hat sich nicht nur infolge der Reparationszahlungen verschlechtert, sondern auch infolge des Verlustes an Einkommen aus dem Ausland aus Schiffen, roten, Kolonien und Beteiligungen und infolge des Verlustes von 70 Proz. der Erzeugung, 30 Proz. der Kohlenproduktion und der hieraus folgenden erhöhten Einfuhr von Rohstoffen. Die deutsche Zahlungsbilanz wird weiter dadurch belastet, daß die Produktion der Landwirtschaft infolge der Produktionsabotage der Sunker abgenommen hat, daß etwa nur drei Fünftel der notwendigen Lebensmittel und zwei Drittel der Futtermittel in Deutschland selbst erzeugt werden, und trotz des Unterkonsums der Arbeiterschaft Lebensmittel in großen Mengen eingeführt werden müssen.

Wenn ein Kommunist diese Feststellungen liest und nicht weiß, daß sie seiner eigenen Zeitung entstammen, wird er nicht schlecht auf die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer schimpfen, die mit dieser Darstellung von Tatsachen dem Kapitalismus die Steigbügel halten. Jedoch beweisen die weiteren Nummern der „Wirtschaftlichen Rundschau“, Beilage zur „Roten Fahne“, daß es sich vornehmlich nicht etwa um eine „Entgleisung“ eines Mitarbeiters handelt, sondern daß es tatsächlich Kommunisten gibt, die wissen, wie die Dinge wirklich sind, denn hören wir weiter:

Sonntag, den 6. August 1922: — Es trifft zum Teil zu, daß die deutsche Industrie größere Gewinne, größere Profite einfackt, als das Industriekapital der anderen Länder. Diese übermäßigen Gewinne stellen gewissermaßen eine Risikoprämie für die kommende Unfähigkeit dar. Sie sind aber auch zum Teil dadurch bedingt, daß durch die unaufhörliche Marktentwertung die ausländischen Rohstoffe immer teurer werden und bei „normalen“ Gewinnen nicht mehr gekauft werden können.

„Sozialistische Verräter, Gewerkschaftsbosonen, Stinnesknechte, Steigbügelhalter des Kapitalismus“, würde man es tausendfältig aus dem Munde der Kommunisten hören können, wenn ein Sozialdemokrat oder ein Gewerkschaftsführer vorstehende Ausführungen gemacht hätte. Aber gemacht! Sie stehen in der „Roten Fahne“. Doch auch hier handelt es sich nicht um ein einmaliges Abirren vom Wege der kommunistischen Erkenntnis, denn es folgt:

Sonntag, den 3. September 1922: — Nicht nur wird jede Spekulation dem Kapitalisten unmöglich, die Reproduktion muß ins Stocken geraten, wenn im Laufe des Produktionsprozesses der Geldwert so stark sinkt, daß trotz aller dieser berechneten Risikoprämien der in Markt ausgedrückte und realisierte Erlös geringer geworden ist, verglichen mit dem Ausgangskapital.

Die Flucht zu einer wertbeständigen Valuta ist in der Tat die einzige Möglichkeit für den Kapitalisten, im Zeitalter der fortwährenden Marktentwertung sich vor Verlusten zu schützen, ja überhaupt ihren Profit in Geld zu sichern.

Das könnte auch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ des Herrn Stinnes stehen.

Noch anderes ist in der „Roten Fahne“ zu beobachten. In mühsamer und schwerer Arbeit, behindert durch die Indifferenz der Massen, die Demagogie der Kommunisten, den Widerstand des Kapitals und die Folgen des Versailler Friedensvertrages, versuchen die Gewerkschaften, die Lebenshaltung der Arbeitnehmer zu heben, die Existenz der Arbeitnehmer durch Ausbau eines einheitlichen Arbeitsrechts zu sichern. Alles,

was auf diesem Gebiete geschieht, wird von den Kommunisten in den Schmutz gezogen und ebenso, wie auf wirtschaftlichem Gebiete die Kommunisten genau wissen, daß ihre ewigen Verdrehungen der Wahrheit widersprechen, ebenso verhält es sich auf arbeitsrechtlichem Gebiete. In der „Roten Fahne“ vom Sonntag, den 30. Juli 1922, befindet sich ein Artikel „Arbeitsrecht für Betriebsräte“, der nachstehende Schlussfolgerungen enthält:

So erklärt es sich, daß auch in Deutschland, wo auf dem politischen Gebiet bis jetzt nur eine rein bürgerliche Revolution stattgefunden hat und gegenwärtig eine deutlich reaktionäre Bewegung sich abspielt, gleichwohl auf dem Gebiet des Rechts und am deutlichsten gerade im Arbeitsrecht, ein in seinem Endergebnis „revolutionärer“ Umwandlungsprozeß teils ganz unbemerkt von den bürgerlichen Beamten, Seignern und Sprechern dieses Rechts, teils offen ihren Widerständen zum Trotz sich objektiv schon heute durchsetzen kann.

Auch hier das Bewußtsein der Notwendigkeit und des Erfolges der Gewerkschaften und die Tatsache der absoluten Verneinung und Bekämpfung dieser von den Gewerkschaften für die Arbeitnehmer erzielten Vorteile durch die Kommunisten; und beides im gleichen Blatt!

Es geht bei der kommunistischen Partei Deutschlands um keine Ideen, um keine Ideale; es handelt sich für sie nicht um die Durchführung des Kommunismus, sondern das A und O ihrer Bestrebungen läuft reiflos darauf hinaus, den Kampf der Arbeitnehmer in den kapitalistischen Staaten der Welt gegen die kapitalistische Wirtschaft durch Erzeugung von Zwietracht und Haß zu unterbinden. Alle die heuchlerischen Redensarten und Aufrufe der Kommunisten dürfen die Arbeitnehmer nicht mehr irreführen. Aus vorstehenden Ausführungen des kommunistischen Zentralorgans selbst muß jedem Arbeitnehmer die Erkenntnis erwachsen, daß das Wesen der deutschen kommunistischen Partei in seinem inneren Kern unwahrhaftig ist. Kein Gewerkschafter, keine Ortsgruppe einer Gewerkschaft, kein Ortsauschuß des ADGB, kein Ortsrat des IFA-Bundes darf sich mehr Einmischungen der kommunistischen Partei in gewerkschaftliche Angelegenheiten gefallen lassen. Nur so ist überhaupt eine Möglichkeit gegeben, eine Verbesserung der Verhältnisse nach und nach herbeizuführen. Gelingt es den deutschen Kommunisten ebenso wie ihren französischen Gefinnungsgenossen, die Arbeiterbewegung in Deutschland zu zerbrechen, dann wird die deutsche Arbeiterklasse den Schaden allein zu tragen haben. Die kommunistischen Führer werden dann im Handumdrehen — siehe Brandler — in Rußland verschwunden sein. Die deutschen Arbeitnehmer aber werden bleiben und das Elend aushalten müssen. Das gilt es zu verhindern, und dies ist nur durch Aufrechterhaltung der Kampfkraft der deutschen Gewerkschaften zu erreichen. Deshalb gibt es für alle deutschen Arbeitnehmer gegenüber den Kommunisten nur noch eine Antwort:

„Hände weg von den Gewerkschaften!“

## Der Landbund für den Zuckerrüben.

Wo alles über Teuerung klagt, kann der Reichslandbund, der mit seiner Hehe gegen die Erfüllung der Umlage und seiner planmäßigen Propaganda für die freie Wirtschaft die Hauptschuld an der gegenwärtigen katastrophalen Preissteigerung trägt, nicht schweigen. Er erläßt jetzt folgende Erklärung:

Die in den letzten Wochen eingetretene Entwertung der Mark auf den Bruchteil eines Pfennigs hat dem deutschen Volke erneut den Abgrund gezeigt, in den es unaufhaltsam und immer schneller hineingeleitet. Der jetzige Stand der Devisen verhindert, den Geldbedarf der deutschen Lebensmittelzuerzeuger durch Auslandslieferungen zu decken. Erneut betont der Reichslandbund in dieser Lage, daß alle Kräfte darauf gerichtet sein müssen, die heimische Erzeugung auf schnellstem Wege auf die größtmögliche

Höhe zu bringen. Die der Landwirtschaft gegen ihren Willen auferlegte Umlage führt zur Erdrückung aller landwirtschaftlichen Betriebe. Sie muß daher nicht nur hinsichtlich der Menge, sondern auch bezüglich des Preises den veränderten Verhältnissen so angepaßt werden, daß die Landwirtschaft eine angemessene Bezahlung für ihr Getreide und die Möglichkeit zur Fortführung ihrer Wirtschaften erhält. Wird nicht gleichzeitig durch eine großzügige Kreditgewährung die Beschaffung von Kunstdünger gewährleistet, so ist zweifellos im nächsten Jahre mit einem erheblichen Ausfall der Kunstdüngung zu rechnen, so daß Mangel und Hungersnot zu erwarten stehen.

Der Reichslandbund tritt dafür ein, daß in möglichst weitem Umfange Kartoffellieferungsverträge zur unmittelbaren Versorgung der Verbraucherkreise abgeschlossen werden. Ermäßigung der Kartoffelpreise, rechtzeitige und ausreichende Wagenstellung, sowie Verbesserung der für den Kartoffelanbau notwendigen Vertikalanlagen sind zu fordern. Die Milch-, Fett- und Fleischversorgung darf nicht durch unverständliche Brennverbote, die über das Ziel hinauschießen, gefährdet werden. Nur die völlige Freigabe des Inlandzuckers wird die Mißstände in der Zuckerverorgung beseitigen.

Nicht kleine Mittel und behördliche Maßnahmen gegen einzelne von jedem zu verwertende Auswüchse können das deutsche Volk aus seiner Wirtschaftsnote retten, sondern nur die Befundung von innen heraus, deren Grundlage die eigene Arbeitsleistung und die Hebung der heimischen Erzeugung ist.

Der erste Teil der Kundgebung enthält nichts Neues. Unter dem Vorwand, eine „angemessene“ Bezahlung für Getreide zu verlangen, fordert man die Dollarpreise, die durch die Gestehungskosten der Landwirtschaft keineswegs gerechtfertigt sind. Die Bereitstellung von Krediten für die Kunstdüngungslieferungen wird auch von den Gewerkschaften befürwortet. Daß die Landwirte aus Sorge um das liebe Vieh die Einschränkung der Schnapsbrennerei aus Kartoffeln betämpfen, ist ebenfalls bezeichnend für die Denkart dieser Landwirte, die noch nicht gemerkt haben, daß trotz der gegenwärtigen Belieferung des Marktes das Fleisch für breite Massen der Bevölkerung unerschwinglich geworden ist, die nun wenigstens eine ausreichende Belieferung mit Kartoffeln verlangen.

Außerordentlich auffallend ist aber die Begeisterung, mit der sich der Landbund für den Zuckerrüben einsetzt. Zu diesem Zweck stellt er die unbeweisbare Forderung als Behauptung auf, daß die Freigabe des Inlandzuckers die Mißstände in der Zuckerverorgung beseitigen würde. Unbeweisbar ist die Behauptung deshalb, weil der Zuckerrüben in dem gewaltigen Ausmaß der letzten Zeit sich erst eingestellt hat, nachdem die Zuckerverzweigungswirtschaft auf Betreiben der Interessenten abgebaut worden war. Jetzt will man die Zuckerfreiheit bekämpfen, indem man sie verweigert.

Wenn der Landbund die Befundung von innen heraus will, so wird er sich jedenfalls über die Ursachen der katastrophalen Teuerung gründlichere Gedanken machen müssen. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die auch wir wünschen, ist nicht eine Sache, die von heute auf morgen durchgesetzt werden kann; in der Zwischenzeit aber die Verbraucher rücksichtsloser Ausbeutung auszusehen, ist eine echt agrarische Forderung.

## Stinnes im Porzellanladen.

### Eine völksparteiliche Abschüttelung der „D.Z.“

Die „D.Z.“ des Herrn Stinnes, der unlängst selbst ein bürgerliches Blatt bescheinigen mußte, daß sie unter ihrer neuen Chefredaktion nichts mehr von ihrer früheren sachlichen Tonart verrate, ruft jetzt jeden Tag nach einem neuen Außenminister. Auf die Frage demokratischer Blätter, ob denn Herr Stinnes bereits einen Kandidaten für dieses Ministerium bereithalte, hat die „D.Z.“ zwar geantwortet, daß sie das nicht wisse, aber sie setzt ihr Geschrei nach einem Außenminister unentwegt fort. Das wird selbst der völksparteilichen „Zeit“ zuviel, und sie sieht sich zu folgender Abwehr veranlaßt:

gelungen, weite Gebiete in Europa so umzugestalten, wie es ein ausgewachsenes Erdbeben nicht besser fertig gebracht hätte. Seit vier Jahren hat das Tempo eilenden Zerstörungswillens leider merklich nachgelassen, so daß zu befürchten ist, wir kommen in absehbarer Zeit nicht zu dem ersehnten Ziel. Bekanntlich stecken riesige Strecken Europas immer unzerstört in früherem Kulturzustand, und schon rüstet man sich, das genial zertrümmerte wieder aufzurichten, bevor die ganze Welt in eine Wüste verwandelt ist. Herr Stinnes, der das Werk in die Hand genommen hat, war ehedem heilig dagegen, die groß angelegte Zerstörungslinie plump zu unterbrechen. Aber wir wollen ihm wegen seiner Sinnesänderung nicht gram sein. Edel sei der Mensch, hilfreich und gut. Und seine Rotise sind wahrhaft edel. Die Menschen wußten nicht, in welchem Ideal sie sich abmühten, seit dem Leben und Sterben für seinen Kaiser an Ueberzeugungskraft eingebüßt hatte. Jetzt wissen wir, wofür wir das alles mitgemacht haben. Die Aufbaunternehmungen bekommen 6 Prozent Provision. Nicht mehr fern ist die Zeit, da wird die alte Nationalhymne herrlich wieder auferstehen:

Heil dir im Siegerfranz,  
Herrscher des Vaterland,  
Heil dir, Proffit!  
Für Industrie, Finanz,  
Börse und Bankbilanz  
Kämpfen und sterben wir.  
Heil dir, Proffit!

Balfac auf dem Wedding. Hans Jacob dachte es sich herrlich, die Hochstaplerkomödie Balfacs „Der Schieber“ (Merceda 1), für die deutsche Bühne zu reiten. Da schien tausendmal in unsere Zeit zu deuten. Aber er vergaß, daß ein Genie sich einmal geirrt hat, und daß es verboten ist, oder wenigstens vergebliche Müß, diese Jertümer durch eine schwerfällige Vergrößerung zu steigern. Balfac, ewig von Schulden getrieben, ewig träumend, daß er einstmals in einen Millionärspalast einziehen würde, wollte den Großherzog zeigen, der die Menschheit blufft und seine Taschen füllt. Aber alle Träume Balfacs blieben nur Dampf, und auch sein dramatisierter Millionärstratum bringt nichts Gemüntes in die Kasse. Es ging also das Rechenegempel des Spekulanten nicht auf. So ließe sich vielleicht das moralische Problem lösen. Und hier hat Balfac den ehrlichen Mann zum Schluss seines Stückes gepriesen, der einstigen Betrug bereut und darum aller Not, allen Lügen und allem Betrüben ein Ende macht. Auf einen Menschen ist die ganze Last der Komödie gelegt. Alle anderen sind nur Schatten, die Frauen besonders, und der Bedenklicher, der nur ab und zu das Französisch in ein plumpes Deutsch überträgt, scheue jede Mühe, um das Fragmentarische zu ergänzen, um es irgendwie den heutigen Nerven verführend einzuträufeln. Es wird immerlei Versuch gemacht, die psychologischen Schäden auszuscheiden und zu vertiefen. Ein Mann, den der literarische Geschmack sonst nicht verläßt, überwindet seine Schüchternheit vor dem klassischen Werte nicht. Er ist Unrecht daran. Denn auch diese Wiedererweckung des Schieberstückes war nur der nicht gelungene Versuch der Wiederbelebung an einem vollkommenen Leichnam. — Das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater, einst eine Heimat der leichten Operette, sicherte sich das Stück. Man will es mit der ersten Literatur ver-

Da das „B.Z.“ diese Neußerungen (der „D.Z.“) als völksparteilich anspricht, möchten wir feststellen, daß in den Kreisen der Deutschen Volkspartei die Auffassung der „D.Z.“ keineswegs geteilt wird und daß nach unserer Auffassung die „D.Z.“ die über die tatsächlichen Zusammenhänge wohl orientiert sein könnte, den wirklichen Gründen des Reichspräsidenten und des Kanzlers für ihr Zögern mit der Neubesehung des Auswärtigen Amtes keineswegs gerecht wird. Wenn Dr. Wirth die Obliegenheiten des Außenministers zunächst persönlich mit übernommen hat, so dürfte hierfür die sehr verständliche politische Erwägung maßgebend gewesen sein, daß unter dem Einfluß der ungeheuren Erregung, welche infolge des Todes im Gemwold die Parteien und die Öffentlichkeit erfasst hatte, leicht ein erbitterter Kampf um den wichtigen Ministerposten ausbrechen konnte, der die Gefährdung des Reiches in jenen kritischen Wochen veranlaßt hätte.

Die Demagogie der Stinnes-Lensch fängt also selbst der Deutschen Volkspartei an fürchterlich zu werden. Der altbekannte Stoßflieger „Gott schütze mich vor meinen Freunden“ klingt durch die Ausführungen der „Zeit“ deutlich genug hindurch.

## „Tägliche Rundschau“ und die Wahrheit.

### Die Stinnes-Presse fälscht die Meinung des Auslandes.

Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ richtete an die Presseabteilung der Reichsregierung folgendes Schreiben, das uns die Presseabteilung zur Verfügung stellt:

Am 8. September veröffentlichte die „Tägliche Rundschau“ mit Ueberschrift „Die Erfüllungspolitik ist tot“ folgende Stelle aus einem Telegramm, das ich am 6. dem „Manchester Guardian“ telegraphierte:

A. London, 8. September.

Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ telegraphierte seinem Blatt:

Der zwischen Hugo Stinnes und Graf de Lubersack abgeschlossene Vertrag ist von größter politischer Bedeutung. Die Erfüllungspolitik des Dr. Wirth ist nun tot, und die Initiative für eine deutsch-französische Verständigung ist in andere Hände übergegangen. Dr. Wirths Regierung ist nur noch eine Fiktion, die weder die deutsche Politik leitet, noch beeinflusst. Es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dieser Vertrag die Bedingungen für eine allgemeine wirtschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich darstelle. Das offizielle Frankreich gewöhne sich immer mehr an den Gedanken, daß auf diesem Wege eine Entspannung zwischen den beiden Ländern herbeigeführt werden könnte, die in gleicher Weise für Deutschland wie für Frankreich Vorteile habe.

In diesem Auszug fehlt der Satz „Er (der Stinnes-Vertrag) wurzelt in dem Wiesbadener Abkommen, der das Wort Walthec Rathenaus war.“ Ferner enthielt mein Telegramm den Satz:

„Der Stinnes-Lubersack-Vertrag ist die erste Frucht der vorbereiteten Erfüllungspolitik, deren größter Exponent Dr. Rathenaus war.“

Der Auszug, wie er in der „Täglichen Rundschau“ zitiert wird, ist also irreführend. Zwar bin ich der Ansicht, daß sich die Wirthsche Erfüllungspolitik überlebt hat, denn die Initiative zu einer deutsch-französischen Annäherung ist jetzt von der Industrie ergriffen worden, aber die Atmosphäre, ohne die eine solche Annäherung unmöglich gewesen wäre, wurde durch die Erfüllungspolitik und durch das sehr hohe Ansehen, das sich Wirth und Rathenaus im Ausland erworben, geschaffen. Es ist zu bedauern, wenn deutsche Blätter, wie die „Tägliche Rundschau“, die Stimmen ausländischer Berichterstatter durch ungenaue Wiederabausnugen, um letztere Tatsache zu verschleiern.

F. H. Vogt,

Berliner Vertreter des „Manchester Guardian“.

Daselbe Telegramm aus London, das hier als eine bewusste Irreführung der deutschen öffentlichen Meinung niedriger gehängt wird, hat auch die „D. Z.“, das Blatt des Herrn Stinnes, veröffentlicht. So wird die Behauptung, die Regierung Wirth genieße nicht das Vertrauen des Auslandes, mit gefälschten Beweisen gestützt.

Der kommunistische Abgeordnete Eisenberger, der dem Bayerischen Landtag angehört, ist nach dreijähriger Festungshaft in Landsberg a. Wech wieder aus der Haft entlassen worden.

## Heil dir, Proffit!

Von Hans Klabausermann.

Nun wird ein Mister Borah die Reise über den großen Teich antreten, um Europa aufzuklären. Er wird uns die Wahrheit sagen und Vorträge über die Lage halten, die wir nicht mehr so recht überblicken können. Es ist sehr gut, daß eigens dazu ein Senator aus Amerika herkommt. Wir stehen zwar mitten in unseren Zuständen drin, aber die meisten wissen nicht, was hier eigentlich los ist. Im Grunde genommen, ist auf unserm Planeten die letzten Jahrhunderte mächtig gearbeitet worden, und trotzdem wird die Ansicht ernsthaft vertreten, daß es uns im allgemeinen dreieig geht. Das allerdings haben wir vor anderen voraus, und tröstet uns in unserer Darnis: Wir gehören zu der Generation, die die große Zeit miterleben durfte, weswegen wir beneidet werden. Diese Generation hungert augenblicklich. Auch können wir auf eine ehrwürdige Kultur mit Religionskriegen, ja sogar mit Kulturkämpfen, auf angestammte Fürstenthümer mit und ohne Gottesgnadentum, auf Traditionen und andere hehre Kleinodien zurückblicken, auf die Amerika glattweg hat verzichten müssen. Es ist daher durchaus verständlich, wenn der Senator für die Zusammenhänge in Europa nicht das orisübliche Verständnis hat. Indem er die gegenwärtige Politik der Rüstungen und Sanktionen für einen kompletten Wahnsinn erklärt, zeigt er, daß er in das heutige Weltbild mit falscher Brille guckt.

Somit ergibt sich für uns die Notwendigkeit, an seiner Stelle hinter die Kulissen des Geschehens zu treten. Sehen wir den Fall, wir hätten die großartige Einrichtung der Einteilung der Massen in verschiedene Nationen nicht und mühten auch noch auf die Institution verzichten, die bisher soviel Segen über die Menschheit gebracht hat, auf die Diplomatie, so würden wir vielleicht auch hungern, aber nicht so vollständig, nicht so bewußt, vor allem nicht so dauernd und wohlorganisiert. Mit andern Worten: Wir leben nicht wie das liebe Vieh einfach in den Tag hinein, sondern unser Elend hat Ordnung und Methode.

Die Erdoberfläche ist so eingerichtet, daß die Lebewesen ein ganz anständiges Dasein führen könnten. Danach haben sich die Menschen denn auch einige Jahrhunderte lang gerichtet. Indessen wurde es auf die Dauer langweilig, und man sann auf Abhilfe. Man lernte die Naturkräfte auszunutzen und Maschinen bauen. Es war nun möglich, in einem Tag herzustellen, wozu früher Monate nicht ausreichten. Man brauchte nur einen winzigen Teil der Arbeiter, und der Bedarf der Allgemeinheit wurde doch gedeckt. Sogar über den Bedarf hinaus konnte fabriziert werden: es entstand der Luxus. Zivilisation und Kultur schritten immer schneller, so daß die Menschheit in Gefahr geriet, ohne Unannehmlichkeiten zu Wohlstand zu gelangen. Nun zeigte sich erst der menschliche Geist in seiner ganzen sittlichen Größe. Beispielsweise eine Telefonstation oder einen Wolkenträger zu bauen, dauert keine Zeit. Wirklich genial sind erst die Schöpfungen menschlicher Erfindungskunst, solche Zeichen des Schöpfungsdrangs im Ru in Klump zu schlagen.

Wir saßen bereits, daß wir in der glücklichen Lage sind, diese Genialität vier Jahre lang mitgemacht zu haben. Leider besitzt das Gros der Menschen nicht soviel Realismus, diese glückliche Entwicklung bis ans grandiose Ende fortzuführen. Gewiß ist es uns

suchen, da Musik und Sänger zu teuer sind. Der Direktor und Regisseur Kurt Möllendorff, ist sein bester Schauspieler. Aber er hat vorläufig erst eine Truppe zusammen, von der man nicht reden soll. Wie schön wäre es, wenn junge, bestmögliche Kräfte hier im Norden Berlins den jungen Dichtern Mut machten! Hier könnte man schon experimentieren, es ist sicher, daß ein wenig verwöhntes Publikum mit der noch nicht abgebräunten Routine gern mitginge, wenn irgendeine Flamme zu spüren wäre. Aber es ist auch die falsche Rechnung solcher Vorstadt-Direktoren, daß sie es den Luxusbüchsen an Pracht und Dekoration nachmachen wollen. Sie finden nicht den rechten Ton. Sie streichen den Borraum ihres Titulares mienigrot und schreiend an. Sie kleben falschen Stuck an die Wände. Sie stellen eine schwindelartige Palme in die Mitte des Wartesaals, um ein elegantes Paradies vorzutauschen. Sie lassen eine schwächliche Musik Berdi vorspielen und täuschen jene Dielenkultur vor, an der unser Volk schließlich krepieren wird. Alles ist Lärm. Nicht nur das Stück, nicht nur der Bearbeiter, nicht nur der Unternehmer, der die Aufführung wahr, auch die Schauspieler, auch die Kulisse, auch die Möbel, die auf der Bühne stehen.

R. H.  
Kunstausstellungen. Die Berliner Kunstsalons haben ihre Pforten zum Beginn der Winterkampagne geöffnet. Die großen Kanonen werden freilich noch in der Reserve gehalten, man begnügt sich zunächst mit kleinen Borpostengeschäften. Die Galerie Müller (Ratsdammer Straße 134c) zeigt eine sechzehn Nummern umfassende Ausstellung von Gemälden des Münchener Adolfs Erdlöb. Kräftig gefägte Frühen, alles figurliche stark konstruiert. In großen Formen und einfachen, scheinbar primitiven, tatsächlich aber raffiniert nuancierten Farben (Nr. 15, 3, 12, 9) werden sehr feine und komplizierte Stimmungsgehalte gegeben. — Bei Edward (Ratsdammer Straße 12) machen wir die interessante Bekanntschaft eines japanischen Expressionisten. Er nennt sich Kagano und zeigt in seinen Gemälden und Schwarzweiß-Bildern eine reizvolle Synthese zartester, ostasiatischer Farben- und Formgefühls und modernster europäischer Bildrhythmik. Elegante, graziose, spitzig hingehauene, nie weiche, immer ausdrucksvolle Linien, und ein zarter koloristischer Duft, der zuweilen an Picasso erinnert, bilden seine Vorzüge; allzu starke Anlehnungen an berühmte Muster seine Schwächen. — Erstes Debut ist auch die Ausstellung von Landschaften, Stillleben und Bildnissen, die Frau E. Witt-Brunwald bei Nicola (Viktoriastraße 25a) veranstaltet. Ein Porträt der Gattin Gerhard Hauptmanns und ein Kinderbildnis auf gelbem Grund ragen hervor. Beide sehr geschmackvoll in der Farbe und von lebendigem, einprägsamem Ausdruck. Daneben kräftige Blumenstücke und ein paar farbig und zeichnerisch etwas verblasene Jappoter Landschaftsbilder. Alles in allem eine ernste, eheliche, kultivierte und sympathische Kunst. — Unter den neuen Arbeiten von Otto von Watjen, die Fleckheim (Lühnowufer 13) ausstellt, fällt ein sanft leuchtendes, linienreiches Strahlbild angenehm auf. Der Rest ist gute Mittelware, die erfreulicher wirken würde, wenn die stilistische Schlichtheit nicht oft gestuft und gequält ersehne. Den letzten Raum füllen eckstatische Phantasien des Worpeweders Karl Jacob Hirsch, deren düster schwebende Farben und grauliche Phantastik an altbedrückte Poesien erinnern. Starke malerische Wucht, die sich leider in monotonen Wirkungen ausbeut. — Im Lichthofe des Kunst-

Sonntägliche Wanderziele.

Brandenburg—Plaue.

Die Fernzüge der Potsdamer Bahn bringen uns in 1 1/2 Stunde nach Brandenburg. Im Fahrgeld zu sparen, können wir zwischen Berlin und Werder die Vorortzüge benutzen.

Vom Hauptbahnhof in der Neustadt wandern wir zur Stant-Annen-Straße mit dem Neustädter Rathaus und dem Roland davor. (Nachbildung vor dem Märkischen Museum in Berlin.) In der Nähe der Katharinenkirche, eins der hervorragendsten Meisterwerke des Backsteinbaus, 1395—1401 erbaut.

Neuruppin—Lindow.

Vom Stettiner Fernbahnhof über Kremmen nach Neuruppin. Sonntagsrückfahrkarten 3. Klasse 38 M., 4. Klasse 28 M. Sie berechnen zur Hinfahrt schon von Sonnabend mittag an.

Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelson.

Es entstand Zwietracht in Nuwut, als die Weizen sich niederließen, und zwar brach der Unfriede sofort los, als die Walfischfänger den Wohnplatz verlassen hatten.

In früheren Zeiten war das Strandgut jedermanns Eigentum gewesen, und die Eskimos hatten sich gestreut, als „Bowhead“ auf Land gedrängt wurde.

Es war also genug heranzuschlagen, und nachdem die Männer des Wohnplatzes den beiden entsprungene See-enten geholt hatten, eine Hütte zu zimmern, schleppten sie wochenlang — unter Beistand von Frauen und Kindern — um so viel wie möglich von dem heimgegangenen „Bowhead“ und seinen Herrlichkeiten zu bergen.

Eines Nachts staute sich das Eis gewaltig um Nuwut, und als die Sonne aufging, war „Bowhead“ verschwunden. Ob vollständig zerschmettert oder vom Eis fortgeführt, das wußte man nicht, und man machte sich auch keine Gedanken darüber, denn auf Nuwuts Strand lag mehr Gut und Gerät, als je zuvor — nun sollte es geteilt werden, und man sah dem strengen Winter ohne Furcht vor Hunger und Not entgegen.

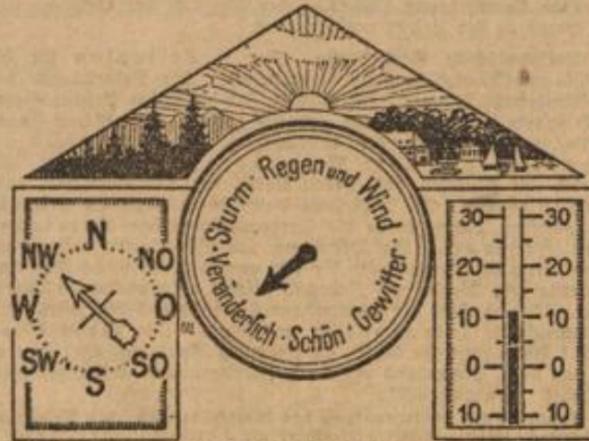
Über dann fing der Winter in dem freilegenden Nuwut an, und die Weizen waren seine Urheber.

Es war ein schöner Herbstmorgen, ganz still und klar — kalt war es, aber das kümmerte Nuwuts Bewohner nicht, alle waren gleichzeitig mit den ersten Sonnenstrahlen auf, alle hatten es eilig, an den Strand zu kommen, zu den vielen, vielen Gütern, die dort aufgestapelt lagen, der Lohn für die getane Arbeit sollte nun eingeholt werden.

Aber Jim Hadlett und der schwarze Joe waren noch vor haben uns bis jetzt gut mit den Weizen gestanden; kann sein, daß sie recht haben, die Weizen in der Hütte da unten; wir sind früher ohne Strandgut und Braak ausgekommen, wir werden wohl wieder ohne sie auskommen!

in den Anlagen vor dem Bechliner Tor. Die Stadt liegt auf dem Westufer des 13 Kilometer langen, verhältnismäßig schmalen Ruppiner Sees, der zu den Rinnenseen gehört und den der Rhin durchfließt. Berühmt sind die Neuruppiner Bilderbogen, die von hier ihren Weg in alle Welt genommen haben.

Wie wird das Sonntagswetter?



Nach kurzer Auflockerung des Wetters traten am Montag, während ein umfangreiches, anfangs ziemlich nasses Tiefdruckgebiet unter bedeutender Verstärkung von Süd-nach Mitteleuropa vorrückte, im ganzen deutschen Binnenlande neue Regenfälle ein.

Makern märkischer Schönheit kaum besser als Vorbild dienen könnten. Wir wandern in der Nähe des Forsthauses Stendenitz vorüber, das rechts abwärts bleibt, und am Rotteckfließ nach Forsthaus Rotteck. Hier überschreiten wir das Rotteckfließ, das den von prächtigen Buchen umgebenen Tornaowsee entwässert und mit dem Zermühlensee verbindet.

Die Notstandsmaßnahmen Berlins.

Eine Reihe der wichtigsten und zur Stunde dringend erforderlichen Maßnahmen, um dem Elend unter den Verarmten in seinen schlimmsten Augenblickswirkungen entgegenzutreten, wurde gestern im Berliner Rathaus beschlossen.

für bedürftige Kinder bis zu zwei Jahren und für Schwangere ab 1. September für die Bezirke I bis XX nach Zweite der Zahlung von Zuschüssen zur Milchbeschaffung in Höhe von einem Drittel der jeweiligen Kosten weitere 8 Millionen Mark.

ferner wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung auf Grund der mit einer gemischten Deputation vereinbarten Beschlüsse eine neue Vorlage zu machen.

41 Millionen Mark zur Beschaffung von Brennmaterialien für laien unterstützte Personen, Sozial- und Kleinrentner, Erwerbslose und andere Bedürftige sowie deren Kinder unter 15 Jahren.

bei der Armenpflege 43 040 000 M. aus Anlaß der Teuerung, ferner 15 Millionen Mark zur Aufrechterhaltung der Armenpflege, 5 450 400 M. zur weiteren Abgabe des Elends der Volkspiegelung an Minderbemittelte zum ermäßigten Preise bzw. unentgeltlich.

17 Millionen Mark Nachträgliches für Zwecke der städtischen Volkspiegelung.

Es ist natürlich notwendig, daß die bewilligten Beträge auch schnellstens ihrem Zweck zugeführt werden bzw. zur Auszahlung gelangen.

Gegen die Magistratsbureaucraten. Die gestern mitgeteilten Sparmaßnahmen des Berliner Ma-

gistrats geschenkt hatten — man hatte sich über die Gabe gefreut, trat sie aber lieber freiwillig ab, als daß man deswegen mit den Weizen in Streit geriet.

Und der Winter kam. Die Eskimos saßen in den großen Igloo versammelt und lauschten den Erzählungen des Angekot von all den seltsamen Dingen, die in alten Tagen geschehen, von furchtbaren Tabeleiten, von graulamen Straßen an Männern und Frauen, die sich gegen die Gebote der Gemeinschaft vergangen.

Die alten Frauen schütteln die Köpfe, während die Männer zustimmend nickten — aber junge Augen suchten einander und lächelten — ob, ach, ob die Götter wirklich so hart sein könnten? Und der Angekot erzählt leise und eintönig die Sagen, die er schon hundertmal vorher erzählt hat.

Die Eskimos schrien, sie drohten und baten, aber es half alles nichts, die Weizen hatten ihr eigenes Gesetz, das leicht zu verstehen war, sogar für die Eingeborenen, ohne jedes überflüssige Wort, wie es war — denn kurz und gut lautete das Gesetz, wie es von den beiden Ehrenwerten ausgelegt wurde — einmal weizen Mannes Eigentum — immer weizen Mannes Eigentum, solange ein weißer Mann zur Stelle ist, um das Erbe anzutreten!

„Seht ihr, so ist das Gesetz der Weizen,“ versicherten die Weiden: „so ist es in der ganzen Welt, ihr werdet wohl einsehen, daß wir ein Anrecht auf alles das hier haben.“

Das sahen die Eskimos zwar nun nicht ein, und die Waffen kamen hervor, doch Jim Hadlett und der schwarze Joe hatten auch daran gedacht. „Das Gut ist unser!“ schrien sie, „rührt es an, wenn ihr wagt; der Erste, der sich nähert, wird erschossen.“

Und damit endigte der erste Streit. Die Eskimos zogen sich zurück, und alte Männer versammelten sich in dem größten Igloo, um die Sache zu bereden — es konnte schon stimmen, was die Weizen sagten, aber den Eingeborenen schien es doch, als ob sie ein Recht auf ihren Anteil hätten.

Sachawachial war schweigsam. Er kannte das Gesetz der Weizen nicht, aber er hatte doch so viel von ihrem Leben und Treiben gesehen, und er verstand, daß bei ihnen andere Rücksichten herrschten, als bei den Eingeborenen in dem primitiven Nuwut. „Laßt die Weiden es behalten,“ war sein Rat. „Wir So war das Ende vom Liede, daß der schwarze Joe und Jim Hadlett befehlten, was das Meer, das Eis und Potters maß- und sinnloses Trinken Nuwut und seiner ganzen Be-

ölkerung geschenkt hatten — man hatte sich über die Gabe gefreut, trat sie aber lieber freiwillig ab, als daß man deswegen mit den Weizen in Streit geriet.

Und der Winter kam. Die Eskimos saßen in den großen Igloo versammelt und lauschten den Erzählungen des Angekot von all den seltsamen Dingen, die in alten Tagen geschehen, von furchtbaren Tabeleiten, von graulamen Straßen an Männern und Frauen, die sich gegen die Gebote der Gemeinschaft vergangen.

Die alten Frauen schütteln die Köpfe, während die Männer zustimmend nickten — aber junge Augen suchten einander und lächelten — ob, ach, ob die Götter wirklich so hart sein könnten? Und der Angekot erzählt leise und eintönig die Sagen, die er schon hundertmal vorher erzählt hat.

Die Eskimos schrien, sie drohten und baten, aber es half alles nichts, die Weizen hatten ihr eigenes Gesetz, das leicht zu verstehen war, sogar für die Eingeborenen, ohne jedes überflüssige Wort, wie es war — denn kurz und gut lautete das Gesetz, wie es von den beiden Ehrenwerten ausgelegt wurde — einmal weizen Mannes Eigentum — immer weizen Mannes Eigentum, solange ein weißer Mann zur Stelle ist, um das Erbe anzutreten!

„Seht ihr, so ist das Gesetz der Weizen,“ versicherten die Weiden: „so ist es in der ganzen Welt, ihr werdet wohl einsehen, daß wir ein Anrecht auf alles das hier haben.“

(Fortsetzung folgt.)



# Deutscher Protest in Warschau.

Warschau, 15. September. (DG.) Der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, hat dem Außenminister eine Note überreicht, in welcher die polnische Note an den Völkerbundrat über die Lage der polnischen Minderheiten in Deutschland als eine Unfreundlichkeit gegenüber Deutschland bezeichnet wird.

Aus Warschau schreibt unser Korrespondent: Als im Juli dieses Jahres in Warschau die Vorbesprechungen zu den deutsch-polnischen Verhandlungen begannen, wurde von polnischer Seite der Vorschlag gemacht, durch eine beiderseitige „schöne Geste“ eine den Verhandlungen günstige Atmosphäre herzustellen. Diese schöne Geste sollte in gegenseitigen Zugeständnissen bestehen, die den guten Willen zeigten, Reibungsflächen zu beseitigen. Tatsächlich kam es zu solchen Zugeständnissen. Die wichtigsten waren von polnischer Seite die Aufhebung der im Rigoer polnisch-russischen Vertrag vorgesehenen Transitsperre für deutsche Waren, von deutscher Seite das Zugeständnis, entgegen der bisherigen Praxis, die deutsche Warenausfuhr nach Polen nicht mehr durch rigorose Handhabung der Befehle über die Ausfuhrbeschränkungen zu hemmen.

Der Grundgedanke, eine verständliche Atmosphäre für die deutsch-polnischen Verhandlungen zu schaffen, war zweifellos richtig. Aber die notwendige Folgerung hieraus mußte sein, daß die beiden Kontrahenten sich nun auch bemühen, neue Reibungen zu vermeiden, die das erste Entgegenkommen wieder illusorisch machen könnten. Diesen nachstehenden Grundgedanke hat sich die polnische Regierung leider nicht zu eigen gemacht. Vielmehr hat die polnische Politik in mehr als einem Fall offiziös und offiziell unnötige Epochen gegen Deutschland gezeigt.

Zum Beweis hierfür braucht nur hingewiesen zu werden etwa auf die Haltung der vom polnischen Außenministerium inspirierten „Ostgenieur“ in Warschau, die jede Meldung über Deutschland, wenn irgendmöglich, in einer gehässigen Aufmachung bringt; oder an die unnötigen mehrfachen Kreuzungen des polnischen Außenministers Karasiewicz, Polen sei in der Frage der deutschen Ansiedler rechtslos im Recht und denke nicht daran, irgendwelche Zugeständnisse zu machen; vor allem aber an die im Ton verfehlte, sachlich höchst anfechtbare polnische Note an den Völkerbund wegen der Bedrückung des polnischen Elements in Deutschland.

Wir wissen wohl, daß es im Deutschen Reich noch allzuviel Rudimente der alten Zeit gibt und daß nationale Unbuddisamkeit bei uns noch nicht ausgerottet ist, nicht zuletzt freilich dank den Bedrückungen, denen unser Land und Volk noch täglich infolge des „Friedens“-vertrags ausgesetzt ist. Wir denken auch nicht daran, es zu verteidigen zu wollen, wenn in Oberschlesien chauvinistische Vergeltungsmassnahmen gegen Polen vorkommen. Wohl aber sprechen wir der polnischen Regierung die formelle und die moralische Kompetenz ab, sich mit dem Bruch der Entrüstung in diesen Fragen an den Völkerbund zu wenden. Die formelle, weil der deutsch-polnische Vertrag über Oberschlesien einen genauen Instanzenzug für Streitigkeiten und Beschwerden vorsieht, während auf der anderen Seite der Völkerbund mit Deutschland nichts zu tun hat; die moralische nach dem bekannten Widerspruch vom Splinter und Balken. Oder will die polnische Regierung beispielsweise leugnen, daß die gequälte und unterdrückte ukrainische Bevölkerung Oligarchien in ihrer Verzweiflung in zunehmender Maße zu irdischen Methoden: Brandstiftung, Eisenbahnterroristen und dergleichen greift?

Ein zweifelhafter Milderungsgrund für die Note der polnischen Regierung ist der Umstand, daß ihr Zweck hauptsächlich ein taktischer ist. Einmal dem Völkerbund gegenüber, der in diesen Tagen nicht nur die Beschwerden der deutschen Kolonisten behandelt, sondern dessen Tagung auch Litauen zu den schärfsten Angriffen auf Polens Okkupation des Wilnaer Landes benutzt, während die oligarchische Frage stets wie eine drohende Wolke über Polen hängt. Dann aber auch gegenüber den polnischen Chauvinisten im Lande, denen die Regierung zeigen möchte, daß sie den Vorwurf der Deutschfreundlichkeit und der nationalen Laubheit nicht verdient. Es gibt mehr Beispiele dafür, daß gerade Vertreter einer gemäßigten Politik in Polen ihre Position durch gelegentliche nationalistische Auslassungen im Innern zu bessern suchen.

Taktik ist aber ein Prinzip, das weise gehandhabt werden will. Man kann damit mehr verderben, als der taktische Erfolg wert ist. Dies gilt gerade von den deutsch-polnischen Beziehungen. Die deutsch-polnischen Verhandlungen sind noch immer in ihrem Anfangsstadium, und es sollte vielmehr ein Gebot des Taktik sein, die von polnischer Seite selbst gewünschte Atmosphäre des Vertrauens nicht untätig zu trüben.

## Verbandstag der Eisenbahner.

### 5. Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit dem Schlußwort Scheffels zum Geschäftsbericht. Er beschäftigt sich eingehend mit den Ausführungen Schumanns und betont, daß der Vorstand der DEB, seine Direktoren an die Funktionen gegeben habe, den Vorkonferenzbund zu sabotieren. Es sei nicht richtig, wenn Schumann behauptet, der DEB sei bereit gewesen, dem ADGB in der Frage der Drei-

fäulentheorie nachzugeben. Im Gegenteil, der Vorstand war bereit, eventuell die Konsequenzen zu ziehen. Einig waren wir uns allerdings darin, daß es so weit nicht kommen dürfe. Der Einführung des Prämien systems im Eisenbahnbetrieb steht der Redner ablehnend gegenüber. Die Diskussionsredner dürfen es nicht nur bei Kritik bewenden lassen, sie müssen dem neuen Vorstand auch die Wege zeigen, wie die aufgestellten Forderungen zu verwirklichen sind. — Zu einem stürmischen Auftritt kommt es, als Scheffel gegen die Kommunisten polemisiert und ihnen zuruft, sie hätten in ihren Reihen genug Quacksalber. Die Anhänger der Moskauer Richtung springen erregt von ihren Plätzen auf und vollführen einen großen Lärm. Erst nachdem der Vorsitzende den Ausdruck als unpolematisch bezeichnet, tritt wieder Ruhe ein. Scheffel schließt mit dem Hinweis, daß der Verband noch jahrelange Kleinarbeit zu leisten habe.

## Die Monarchisten

versuchen durch Mordanschläge auf Staatsmänner und durch Ausschaltung der arbeitenden Bevölkerung die republikanische Revolution zu stürzen. Die Kommunisten Ziele zu. Auch sie wollen die gegenwärtige Not des Volkes zur Befestigung der demokratischen Republik und ihrer Errungenschaften ausnützen.

### Der Bezirksverband Berlin der SPD.

kämpft schon seit der Revolution gegen beide mit äußerster Energie. Er bedarf gegenwärtig größerer Mittel für diesen schweren Kampf. Die in diesem Kampfe mit uns sympathisierenden Republikaner mit höherem Einkommen müssen den Kampf nach besten Kräften finanziell unterstützen.

### Freiwillige Ertragsbeiträge für den Kampffonds der SPD.

sende man deshalb sofort auf Postcheckkonto Berlin Nr. 48743 an Alex Pagels, SW 68, Lindenstraße 3.

Nachstehende Entschliessung wird mit großer Mehrheit angenommen:

Der 2. ordentliche Verbandstag des DEB in München beschließt in Rücksicht auf die sich immer ungünstiger gestaltende wirtschaftliche und soziale Lage der Gehalts- und Lohnempfänger der deutschen Reichsbahnen, die zwingend nötige

### Reform der gegenwärtigen Lohn- und Gehaltspolitik

für die deutschen Eisenbahner nach folgenden Grundsätzen zu betreiben:

1. Die Neuregelung des Besoldungs- und Entlohnungswesens der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Angestellten und Arbeiterschaft inklusive der Personale der sonstigen öffentlichen Körperschaften allgemein nach dem Leistungsprinzip einheitlich zu gestalten durch:

- a) Schaffung eines Reichsgrundgehalts und Grundlohnes für alle Gehalts- und Lohnempfänger.
- b) Festsetzung der Orts- bzw. Teuerungszuschläge nach den bestehenden Teuerungsverhältnissen im Rahmen der jeweiligen Direktionsbezirke oder abgrenzter einheitlicher Wirtschaftsbezirke für alle Gehalts- und Lohnempfänger.
- c) Festsetzung von nur 10 Gehaltsklassen und 5 Lohngruppen (exklusive der Lehrlinge).

2. Die Kinderzulagen für alle Gehalts- und Lohnempfänger sind nach dem Maßstab ihrer sozialen Lage durch besondere reichsgesetzliche Bestimmungen festzusetzen.

3. Solange bzw. wo das Gedingeverfahren besteht, ist es Aufgabe der Organisation, durch ihre Betriebsvertretungen die Arbeiterschaft schützenden Auswüchse des Gedingeverfahrens zu beseitigen. Auf Lehrlinge und weibliche Bedienstete darf dasselbe keine Anwendung finden.

4. Erhöhung der Bezugsgröße und Bezugsdauer des im RRT. vorgesehenen Krankengeldzuschusses.

5. Weiterzahlung des bisherigen Gruppenlohnes an die durch Krankheit, Unfall oder Alter in ihrer Tätigkeit beschränkten Bediensteten.

Einmütig angenommen wird ferner folgende Entschliessung: Die Generalversammlung beauftragt den Hauptvorstand, sofort nach Beendigung der Tagung bei den maßgebenden Stellen eine den Löhnen der Privatindustrie entsprechende

### Besserung der Bezüge

der Bediensteten der Reichsbetriebe einzuleiten. Für die von den ungerechtfertigten Preistreibern am schwersten betroffenen Industriegebiete muß sofort, falls sich die Generalversammlung für die Beibehaltung der zentralen Lohnregelung ausspricht, eine Heraushebung der Wirtschaftsbeihilfen bzw. Uebersteuerungszuschläge gefordert werden.

Für die in größerer Höhe fast verzweifelnden Kollegen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, deren vergleichbare Löhne und Gehälter durchschnittlich 100 bis 300 M. pro Tag niedriger gehalten sind als die der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Privatindustrie, erweist sich die schnellste Hilfe als zwingende Notwendigkeit.

Am Interesse der Volkswirtschaft und zur Vermeidung von unnötigen Unruhen muß verlangt werden, daß in abgeschlossenen Wirt-

schaftsgebieten zwischen Industrie und Reichsbetrieben in den Bezügen unbedingte Unterliegendes vermieden werden.

Angenommen werden außerdem drei sehr ausführlich gehaltene Entschliessungen zum Arbeitsrecht, zur Sozialpolitik und zur Bildungsfrage. Die Entschliessung zum Arbeitsrecht macht sich die Beistimme von Professor Dr. Singheimer zu eigen, die auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress angenommen wurden. Die Entschliessung zur Sozialpolitik erinnert die Reichsbahnverwaltung und die bestehenden Körperschaften an ihre Aufgabe, die Staatsbetriebe zu Musterbetrieben zu machen.

### Die Generalversammlung fordert:

- a) für die Beamten 1. eine allgemeine Aufbesserung der Pensionshöhe, 2. den früheren Eintritt der Pensionsberechtigung, 3. eine Verkürzung der Wartezeit auf Höchstpension und 4. eine Krankenversicherung für die Beamten und ihre Familienangehörigen;
- b) für die Arbeiter 1. Gleichstellung der Renten und Hinterbliebenenfürsorge mit den Pensionen der Beamten, 2. Befestigung des Unterschiedes zwischen Alt- und Neupensionäre.

Die Entschliessung zur Bildungsfrage fordert gründliche Schulung der Betriebs- und Beamtenräte. Die Kosten sind von den Gewerkschaften, aber auch von Reich und Ländern aufzubringen. — Schließlich werden noch einige Anträge angenommen, die sich mit der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn beschäftigen.

In der Nachmittags Sitzung referiert der frühere Reichswirtschaftsminister Bissell über den

### Aufbau der Volkswirtschaft.

Das großzügig angelegte Referat wird mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Gegen den Widerspruch der Kommunisten wird beschlossen, von einer Diskussion über das Referat abzusehen. Zur Annahme gelangt eine Entschliessung, die auf die Errichtung der Volkswirtschaft aller Länder hinweist und in der es zum Schluß heißt:

„Der Verbandstag fordert an Stelle der heutigen Profitwirtschaft eine Bedarfsdeckungswirtschaft, in der durch gleichberechtigte Einschaltung der Arbeiterschaft in der zentralen Leitung die Gewähr gegeben ist, daß die Allgemeininteressen Einzelinteressen vorangehen.“

Der Rest der Nachmittags Sitzung wird mit dem Bericht der Schwerdekommission ausgefüllt.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

6. Kreis, Auerberg. Sonntag, den 17. September, früh 10 Uhr, Sitzung des Kreisbildungsausschusses in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstraße 3, Abrechnung vom Herbst und Jahresausgabe. Jede Abteilung muß vertreten sein.
7. Kreis, Charlottenburg. Die Parteigenossen und -genossinnen werden gebeten, sich an der Vorbereitungsarbeit zu beteiligen, Sonntag, den 17. September, fortlaufend Wahl der Kreisleiterin an der 26. Gemeindefabrik, Ebelstraße 2-3, zeitlich zu bestimmen. Wohlfahrt bei Schneider, Holzengasse 14.
11. Kreis, Schöneberg-Friedenau. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Sonntag, den 17. September, Kinderfest auf dem Tierpark Rudow, Ecke Vogelstraße. Treffpunkt für Schöneberg Alles Rathaus, Friedenau schließt sich am Untereisenbahnplatz Haupt, Ecke Jannowstraße an. Den Kindern wird Kuchen und Kaffee verabreicht. Kindfreunde sind mitzubringen. Für die Eltern Kaffeezeit. Die Arbeiterjugend wirkt mit.

### Morgen, Sonntag, den 17. September:

72. Vst. Wilmersdorf. Ausflug nach dem Grunewald, Restaurant Wiebide, Audertstraße, Rückkehr, dann gemeinschaftliche Spiele im Wald. Abreise mittags 1 1/2 Uhr vom Heibelberger Weg.
108. Vst. Prenzlau. Wahl des Kreisleiters in der 5. Gemeindefabrik.
118. Vst. Wilmersdorf. Sonntagsmehrfach im Schötenpark in Friedrichshagen. Theater, Volkstänze und Spiele, Sonntags. Ab 6 Uhr Konz. Abreise 3 Uhr vom Vogelplatz mit Bus. Eintritt 3 M. einschließlich Steuer. Kinder unter 14 Jahren frei. Die Parteigenossen sind herzlich eingeladen. Jungfernfahrten. Gruppe Schöneberg-Friedenau. Wanderung nach Grousbere. Treffpunkt früh 6 Uhr Bahnhof Schöneberg.

## Arbeitersport.

### Neue Turnabteilungen im Südosten Berlins.

Die Kreis Turnerschaft Groß-Berlin eröffnet nun auch für die Arbeiterschaft des Südostens Turnabteilungen, und zwar in den Wilmersdorf und Jugendliche Dienstags von 8-10 Uhr abends in der Turnhalle Reichener Straße, Ecke Forster Straße, Eröffnung am Dienstag, den 19. September; Raben Montag und Donnerstag von 6-8 Uhr Turnhalle Reichener Straße, 131 (an der Grünauer Straße), Eröffnung Donnerstag, den 21. September. Anmeldungen werden an den Turnabenden entgegen genommen.

Königs. Fußballer! Der Sportklub „Königs“-Königs, der als Hauptstütze des Leicht- und Schwermittelspiels, beschäftigt eine Fußballabteilung zu gründen. Interessierte Sportgenossen wollen sich an Johann Keller, Königs, Reichstraße 28, Durgengasse 3 Tr. links, wenden. Material und Spielplan vorhanden.

Sportklub „Libertas 1896“ Verein für Schwermittel, Kräftig, Turnen und moderne Plastik, hält eine Männer- und Jugendabteilung, Übungsabend Mittwoch und Freitag (7-10) in der Turnhalle der 11. und 12. Gemeindefabrik (Charlottenburg), Sophie-Charlotten-Straße, Ecke Kottbuscher. Die Turnabteilung steht jeder Organisation der Arbeiterschaft zur Verfügung. Anfragen bei W. Feilich, Charlottenburg, Kottbuscher, 11.

Arbeitersport-Klub für Prenzlau. Montag, den 18. September, abends 7 1/2 Uhr, Sportartenfest bei Linus in Friedrichshagen.

Der Turn- und Sportverein „Eiche“-Prenzlau hält im Winterhalbjahr keine Übungsstunden ab in der Rönnerschule; Montag 6-10 Uhr 2. Schülerabteilung, Dienstag 10-12 Uhr Jugendabteilung; Mittwoch 6-10 Uhr 1. Schülerabteilung, Mittwoch 10-12 Uhr Sport; Freitag 6-10 Uhr 2. Schülerabteilung, Freitag 10-12 Uhr Jugend- und Männerabteilung; in der Dorotheenschule; Dienstag 6-10 Uhr 1. Schülerabteilung, Dienstag 10-12 Uhr Frauen- und Jungmädchenabteilung; Donnerstag 6-10 Uhr 2. Schülerabteilung, Donnerstag 10-12 Uhr Frauen- und Jungmädchenabteilung. Der Turnklub in Prenzlau findet umständlicher bei Freitag, den 22. September, abends 7 Uhr im Stadt-Theater in Prenzlau statt. Abrechnung für Sonntag haben am 22. September. Die Kinderfreunde im Kaiserhof Markt Sonntag, den 22. September, nachmittags 1/2 Uhr, befehen.

Der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht L. L. R. 27. 22.

### Bekanntmachung

Am 8. September 1909 wurde in der neuen Straßstraße der Polizei-Oberwachmeister Axel Wetlich von einem Manne, dessen Identität bisher nicht ermittelt werden konnte, durch einen Schuss in die Brust verletzt. Der Täter wurde auf der Stelle festgenommen und als Kranker dem Krankenhaus Friedrichshagen zugewiesen, wo er verstarb. Seine Leiche wurde nach Bestattung auf dem Friedhof beigesetzt.

**Urbin**  
der gute Schuhputz

TERPENTINÖLWARE IN DOSEN MIT BANDEROLE

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Former **Otto Floricke** (Wilmersdorf, Straße 7) am 11. September gestorben ist. Seine feierliche Beerdigung findet am 18. d. M., nach 6 Uhr, im Krematorium Berlin, Gendarmenstraße, statt. Seine Beerdigung erwartet. Die Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Garderobe**  
auf bequeme Teilzahlung!

Anzüge, Hosen, Mäntel, Kostüme, Schlüpfer, Kleider, Röcke

in besten Qualitäten, solid. Ausführung

**Grebler, Weinbergsweg 4**  
am Rosenthaler Platz

**Garderobe**  
für Herren und Damen noch wirklich billig auf Teilzahlung

Anzüge, Raglans, Damen-Mäntel, Kostüme, Röcke

**Beiser**  
Lothringer Str. 67.

Die Abtreibung der Leibestrucht

von Universitäts-Professor A. Grotzahn und G. Radbruch

Wichtig für Eheliche, Ärzte und Hebammen

Preis 7,50 Mk.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 2

**Zinnimofen**

besten Schmelzmittel, das es gibt, reich ohne Nebenbestandteile, bequeme zu verwenden, billig und langlebig. Eine 11-Pfund, enthält der Gehalt von 1 Pfund Zinn.

Erschließlich in Patenten, Drogenhandlungen und Apotheken.

Hervorragende Bürofedern

**BRAUSE & CO. ISERLOHN**

**Erfolg**  
haben inserate im Vorwärts

**PATENTE**  
Zähne 100/40 Teilzahl. für Kronen

Dr. Bogdan, Geduld, E. Treub. Verein best. Tag. SW 41, Gendarm. Str. 3.



## Was ist geschehen...?

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht:

„Die ungeheure Preissteigerung der letzten Monate für fast alle Bedarfsartikel hat einen Notstand der Bevölkerung verursacht, der zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt.“

Wie fragen das Staatsministerium: Was ist geschehen, um diesem Notstand zu begegnen? Welche Maßnahmen sind insbesondere getroffen, um dem vielerorts sich zeigenden Wucher mit den notwendigsten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zu begegnen?“

## Eine „Ermäßigung“ des Druckpapierpreises.

W.B. meldet:  
Nach langwierigen Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium hat die Zeitungsdruckpapierindustrie den Septemberpreis für 100 Kilogramm Druckpapier von 8400 M. auf 6850 M. und bei Formatpapier auf 6900 M. herabgesetzt, nachdem die Zellstoffindustrie den Preis für den zur Herstellung von Zeitungsdruckpapier erforderlichen Zellstoff von 8840 M. auf 6750 M. für 100 Kilogramm ermäßigt hatte. Ferner haben die Druckpapierverbände von den verschärften Zahlungsbedingungen, nach denen die Hälfte der Monatslieferung bis zum 5. der Rest bei Eingang der Rechnung zu begleichen war, Abstand genommen und sich zur Einräumung eines Zahlungszieles von zwei Wochen bereit erklärt.  
Zu der Meldung über die Ermäßigung des Druckpapierpreises teilt der Verein deutscher Zeitungsverleger mit, daß der Septemberpreis sich um mehr als 415 000 M. für einen Doppelwaggon höher stellt als der Augustpreis und nunmehr das 340fache des Friedenspreises beträgt.

Die Verhandlungen haben also allenfalls eine geringe relative, keine absolute Ermäßigung des Druckpapierpreises gebracht. Eine wirksame Hilfe ist nur durch Anwendung schärferer Mittel möglich. Eine Entscheidung über die im Reichsrat gegebenen Anregungen des Reichswirtschaftsministers, die sie herbeiführen sollte, steht noch immer aus.

## Nur noch einmaliges Erscheinen der Tageszeitungen?

Die ungeheure Notlage der Presse wird voraussichtlich in Bälde zu einer Einschränkungsmassnahme führen, die in Fachkreisen des Zeitungsgewerbes mehr und mehr als unvermeidlich erkannt wird. Schon haben einige Berliner Tageszeitungen die täglich einmalige Erscheinungsweise eingeführt, und, wie die „Dona“ hört, besteht auch bei dem Verlag der „Germania“ die Absicht, ab 1. Oktober zum einmaligen Erscheinungsmodus überzugehen. Die mittlere Berliner Zeitungsverlage schein bereits grundsätzlich die Zweckmäßigkeit einer solchen Einschränkungsmassnahme anerkannt zu haben, und wenn sie noch nicht allgemein und mit sofortiger Wirkung im Berliner Zeitungswesen zur Durchführung gelangt, so liegt das in der Hauptsache daran, daß zwei führende Verlagshäuser, Roste und Ullstein, sich vor der Hand noch nicht im klaren sind, ob sie ihre Blätter ebenfalls nur einmal täglich erscheinen lassen sollen. Doch dürfte zweifellos die ganze Entwicklung dahin führen, daß in längstens ein bis zwei Monaten die einmalige Erscheinungsweise bei der gesamten Berliner Tagespresse zwangsläufig Geltung gewinnt.

## Neues Tarifabkommen im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Bankangestellten mitteilt, haben die heute im Arbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen mit dem Reichsverband der Bankangestellten in später Abendstunden zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Der Monat August gilt durch die im August erfolgten Zahlungen als abgegolten.
2. Als vorläufiges, aber revidibles Septemmergehalt gelangt das Dreifache eines Aufkommens zur Auszahlung.
3. Die Überstunden für August werden um 80 Proz. erhöht.

Südtirol wird zweisprachig gemacht — in Behörden, Schulen und bis auf die Straßenfahnen, wobei Italienisch dem Deutschen vorangeht. Die Retruken mühten nach Verona einzuliegen.

gewerbe-museum (Prinz-Albrecht-Straße 7) zeigt die Reichsdruckerei eine zweite Ausstellung ihrer rühmlichst bekannten „Reichsdruck“. Es sind diesmal Reproduktionen von Kupferstichen des 18. Jahrhunderts, beginnend mit der Zeit Ludwigs XIV. und über das Rokoko und Empire in die Biedermeierzeit hineinreichend. Den Clou bilden die Franzosen des „galanten Zeitalters“, die Blätter nach Gemälden von Watteau, Boucher, Chardin, Fragonard. Neben diesen verschwinden die englischen Stücke vollständig. Sie sind technisch solide, aber in der Mehrzahl reizlos, trocken und dürrig. Ramentlich die „Genrebilder“ nach Morland u. a. erscheinen uns heute ungenießbar, und die Reichsdruckerei hätte besser getan, auf ihre Reproduktion zu verzichten. Alle ausgestellten Blätter haben die genaue Größe der Originale und geben deren Reichtum bis in die kleinsten Details erstaunlich getreu wieder. Schade, daß nicht der Verkaufspreis beigefügt ist. Er würde manchen Besucher veranlassen, dieses oder jenes Blatt als Zimmerschmuck oder für die Sammelmappe zu erwerben.

„Phantasia“ in neuer Form. Arno Holz, der den „Phantasia“ als sein eigentliches Lebenswerk betrachtet, stellt unermüdlich daran, schreibt ganz neue Partien und macht Zusätze. So ist die letzte Ausgabe der Dichtung längst überholt. Das gewaltige Werk, das allmählich zum poetischen Symbol alles Weltgeschehens wurde, umfaßt in seiner neuen Form 10 Teile und soll in Handpressendruck der Officina Serpentina Tiefenbachs erscheinen. Jedes Exemplar wird eine Originalradierung Liebermanns enthalten. Titel und Initialen zeichnet H. Th. Hoyer vom Berliner Kunstgewerbemuseum.

Ein phantastisches Bauprojekt für Moskau. Nach einer Mitteilung der „Zvezditsa“ hat Kamenev, der Vorsitzende des Moskauer Komitees, der Zentralregierung ein riesenhaftes Bauprojekt unterbreitet, dessen Kosten sich auf nicht weniger als 14 Millionen Goldrubel beziffern. Es handelt sich dabei um den Plan, mitten im Herzen der Stadt einen gewaltigen „Palast der Arbeit“ aufzuführen, dessen zentrale Halle nicht weniger als 8000 Personen zu fassen vermog. Um diese Halle herum sind nach der Anordnung des Bauplans vier weitere, wenn auch kleinere Hallen vorgesehen. Der Turm des Gebäudes soll einer der höchsten, wenn nicht der höchste der Welt werden. Der ursprüngliche Plan ist von dem Präsidenten der Gesellschaft der Architekten, Schichoffew, entworfen worden. Die endgültigen Pläne sollen in diesem internationalen Wettbewerb hervorgehen, zu dem die Architekten der ganzen Welt aufgerufen werden und für den ansehnliche Preise ausgesetzt sind. Um für das riesenhafte Gebäude, das eine Oberfläche von 216 000 Quadratfuß bedecken wird, Raum zu schaffen, haben Arbeitskolle bereits damit begonnen, das Continental-Hotel, das Restaurant Tentoma und sechs Häuserblocks niederzulassen. Die Bauunternehmer müssen sich verpflichten, mit dem Bau nicht später zu beginnen als im Frühjahr 1923.

Schiff-Georgis „Lullier Abend“ findet Sonntag nicht im Schiller, sondern im Verden-Saal 8 Uhr statt. Die weiteren Abende sind bis Donnerstag täglich wiederum im Schiller-Saal.

Trübsal als Dramatiker. Aus Moskau wird gemeldet, daß Trotski ein Drama „Die beiden Welten“ beendet habe, das demnächst in einem Moskauer Theater zur Aufführung gelangen werde.

# Gegen Wucher und Teuerung.

Mitten in die augenblickliche für Millionen von proletarischen Familien trostlose und kaum noch zu ertragende wirtschaftliche Lage fällt der Hoffnungsstrahl der Einigung beider sozialistischer Parteien, und so wirtte die Aufforderung der SPD, U.S.P. und der Gewerkschaftskommission zu Protestversammlungen an die Massen wie ein längst mit Sehnsucht erwartetes Stichwort. Alles das, was sich in Tausenden von Abteilungsveranstaltungen, in Hunderttausenden von Werkstattgesprächen, in Millionen von Seufzern aus der Brust der Hausfrauen an Not, Grimm und Empörung angeammelt hat, konnte gestern Abend in 19 Versammlungen, zuerst durch den Mund der Redner, dann aber durch viele kleine Aussprachen mit oft tief erschütternden Einzelheiten zum Ausdruck kommen. In ein Redner der U.S.P. und der SPD. sprachen zu den Massen. Wenn immer die lange zurückgedämmte Spannung nicht mehr hielt, wurden die Redner durch gewaltig aufdröhnende Beifallsstürmen unterbrochen, denen dann zum Schluß brauender, nicht endenwollender Beifall die Krönung gab. Leider ließen es sich zu wiederholten Malen kommunistische Wirr-, Quer- und Dummköpfe nicht nehmen, die Versammlungen systematisch zu beunruhigen und zu stören, so daß es energischer Anstrengungen der Versammlungsleiter und Teilnehmer bedurfte, um die rohdauerlichen Elemente in ihre Schranken zu verweisen. Die unermeßlich angewachsene Not hat auch eine deutliche Verschiebung in dem äußeren Bild der Versammlung gebracht. Neben dem natürlich bei weitem in der Mehrzahl befindlichen Industriearbeiter, der oft genug von Frau und von erwachsenen Kindern begleitet war, sah man aber auch sehr viele Angestellte und Beamte, die mit gespanntem Zügen den Ausführungen der Referenten folgten. Manchem von ihnen, die unserer Partei noch nicht angehört haben, mag da wohl eine Ahnung gekommen sein, daß die Wahrheit und die Ehrlichkeit auf unserer Seite liegen. Eine weitere freundliche Note in dem auf- und abwogenden Meer erster und erregter Männer- und Frauenköpfe waren auch die zahlreichen jungen Ehepaare, die vereint ihr junges Glück durch die Wohnungs- und Nahrungsnot bedroht fühlen und nun gemeinsam Klarheit und Aufklärung über manches suchen, was sich drohend über ihnen zusammengeballt. Diese Solidarität von Mann und Frau ist ebenso dringend notwendig wie die Einigung der Parteien. Als nächste sichtbare Folge der Versammlungen und der bevorstehenden Einigung ist eine ganz bedeutende Zahl von Wiedereintritten und Neuanmeldungen für die Partei zu verzeichnen. Das große, unvergeßliche Moment dieses Abends, das noch weit in die kommenden Wochen und Monate hinausgeschwingen wird, war der Gedanke: Wir werden wieder einig. Einigkeit bedeutet Kraft und Macht, und diese sichern uns den Sieg!

## Die Resolution.

Die Resolution, die überall zur Annahme gelangte, hat folgenden Wortlaut:  
Die Versammlung verlangt, daß die Reichsregierung alles tut, um die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere mit Brot, Kartoffeln und Zucker zu erwünschten Preisen sicherzustellen. Das durch nichts gerechtfertigte Verlangen der Landwirtschaft, die Preise für das Umlagegetreide zu erhöhen, muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Preisfiktulation der Produzenten, sowie der Groß- und Kleinhändler ist einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen, um sie in einem angemessenen Verhältnis zu den wirklich entstehenden Kosten zu halten. Die Bestrebungen, die Preise auf der Grundlage des sogenannten Wiederbeschaffungspreises festzusetzen, müssen bekämpft und als Wucher bestraft werden. Die Versammelten erwarten von den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien, daß sie die von ihnen aufgestellten Forderungen zum Schutze der breiten Massen in jeder geeigneten Weise mit aller Entschiedenheit bis zum Erfolg weiter vertreten werden und sind bereit, in diesem Kampfe auf den Ruf der Organisationen ihren Mann zu stehen.

## Mitte.

In den Rufertalen referierten vor einer zahlreich erschienenen Zuhörerschaft die Genossen Gertrud Hanna (SPD.) und der Genosse Paul Richter (U.S.P.). Von gewisser Seite wurde zu Anfang der Versammlung ein Antrag eingebracht, der den beiden Referenten zusammen nur 1 1/2 Stunden Redezeit gewähren sollte. Er wurde unter Beifall der Versammlung gar nicht zur Abstimmung gebracht. Genosse Richter führte u. a. aus, daß der Hunger in Deutschland umgehe. Auf der einen Seite: Reichtum und Luxus, auf der anderen Seite bitterste Armut. Überall macht sich die Verelendung des Proletariats bemerkbar. Schwarz rechnete der Redner mit den Kommunisten ab, die nichts weiter tun, als den Deutschnationalen die Räder wieder zuzutreiben. Die elf Punkte der Gewerkschaften müssen durchgesetzt werden. Das können wir aber nur, wenn eine einzige Arbeiterschaft vorhanden ist. Helfen Sie uns und der Sieg ist unser. (Lebhafte Beifall.) Genossin Hanna führte aus, daß jetzt endlich daran gegangen werden müsse, Mittel und Wege zu zeigen, um weiteres Elend zu verhindern. Man warte schon darauf, daß das Volk sich zu Tätlichkeiten hinreißen lasse, was unbedingt verhindert werden müsse. Die Regierung, die zur Verbilligung des Preispreises durch Zuschüsse beiträgt, sei aber durch den Verfall der Arbeit in ihrer Arbeit gebunden. Der Vertrag sieht eine Möglichkeit vor, unsere Ausgaben zu kontrollieren. Wenn Zahlungstermine fällig waren, kamen Krisen, Dollarschwankungen fanden statt, und unser Geld entwertete sich. Aufklärung tut überall not. Die Arbeiterpresse müsse besonders von den Frauen gelesen werden. Stehen wir hinter den Forderungen, die zur Wucherbekämpfung aufgestellt worden sind, so wächst damit auch unsere Organisation. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion sang ein Kommunist ein Volkslied auf die Kontrollausschüsse, worauf ein ehegeiziger K.P.D.-Mann mit eigenen Beispielen folgte, die schließlich Brendel (U.S.P.) unter starkem Beifall in ihrer ganzen Phrasenhaftigkeit enthüllte.

## Friedrichshain.

In den Brachfeldern des Ostens sprach Genosse Eard (U.S.P.) vor einer Zuhörerschaft, die weit vor Eröffnung der Versammlung den weiten Raum dicht an dicht füllte. Viele hundert Einzelgehörnde standen auf den Treppen, den Vorstufen und in dem Garten in lebhafter Diskussion. Dem Redner wurde es trotz eines lauten, durchdringenden Organs von den vollkommen disziplinlosen kommunistischen Krakeelern unerhört schwer gemacht und zeitweilig mußte die Rede unterbrochen werden, um die Ruhe wiederherzustellen. Trotz dieser gemeinen Provokationen bewahrten die mit ihrem Redner derart angegriffenen Massen eine musterhafte Ordnung. Genosse Eard wies eingangs darauf hin, daß der freie Handel zu jenen grotesken Erscheinungen geführt habe, die die Rollen um das 45fache, Textilwaren 600- bis 700fache und Nahrungsmittel sogar um das 1000fache des Friedenspreises gestiegen haben, während aber die Einkommen vieler Arbeiter und Angestellten noch nicht einmal das 40fache des Friedenspreises erreicht haben. Es gibt aber keine einzige Partei, die dem durch diese Zustände hervorgerufenen Elend restlos beikommen kann. Die Mittel, die dagegen eingesetzt werden sollen und müssen, können immerhin zur Verringerung der Not beitragen, die ganz nur mit dem Kapitalismus selbst beseitigt werden kann. Gebeizt wird das Geld und auch noch durch die Tatsache, daß die Landwirtschaft nicht imstande ist, das deutsche Volk zu ernähren und daß infolgedessen erhebliche Mengen Getreide vom Ausland eingeführt werden müssen. In einer Konferenz mit dem Ernährungsminister wurde das Verbot der Herstellung von Likören und Schokoladen zur Erparung von Zucker vorgelegt. Von einer Rationalisierung der Kartoffeln will der Minister

nichts wissen, da die Kartoffelernte reichlich ausgefallen ist. (Lebhafte allseitiger Widerspruch.) Aber das, was der Ernährungsminister in Aussicht stellt, ist noch bei weitem nicht genug. Die Not des Volkes ist so unerhört groß, daß nur energische, weit ausgreifende Maßnahmen helfen. Dazu aber ist auch notwendig, daß das Proletariat unter sich einig ist. Die vielen rabulanten Unterbrechungen seitens der Kommunisten verhindern ein allseitiges Verstehen des Redners, aber der vielfache, brausende Beifall, der ihn unterbrach, zeigte ihm, daß er die Mehrheit auf seiner Seite hatte.

## Tiergarten.

Im Roabiter Gesellschaftshaus, dessen umangereicher Saal namentlich durch die große Zahl der erschienenen Frauen gefüllt wurde, sprach eingangs Gen. Breißler als Mitglied der U.S.P., danach Gen. Lüdemann. Er schilderte zunächst den ganzen Ernst der Situation. Häufig von den Zwischenrufen rohdauerlicher kommunistischer Augenblicke unterbrochen, antwortete er seinem Landtagskollegen Scholem auf den Zwischenruf, auch er habe als Finanzminister an den bestehenden Zuständen nichts geändert. Es gehöre ein kaum glaubliches Maß von Dummheit dazu, anzunehmen, daß ein einzelner Mensch, ein sozialdemokratischer Minister imstande sei, Verhältnisse grundlegend zu ändern, deren Ursachen tiefer liegen. Es habe keinen Sinn, den oder die Schuldigen zu suchen. Anwendbare Luftarbeit werde auf diesem Wege, der ins Irre geht, nicht geleistet. Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Lüdemann aus: Die gestunkene Arbeitsleistung der deutschen Wirtschaft auf den Vorkriegsstand zu heben, sei nur durch eine Besserung der Volksernährung möglich. Welche Wege aus dem Elend und aus der Not der Gegenwart zu beschreiten sind, zeigen die Vorschläge und Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Parteien. Auch Lüdemann forderte als Hebel der künftigen Entwicklung die größtmögliche Einheitsfront. In der Diskussion präs Scholem die Betriebskontrolle als Anfang des Kampfes um die politische Macht des Proletariats. Zu gleicher Zeit betonte er, daß diese Betriebskontrolle „eigentlich“ vollkommen erst dann verwirklicht werden könne, wenn die Macht errungen sei. Diesem blühenden Unsinns klatschten die Gefinnungsgenossen Scholems lebhaften Beifall.

## Wedding.

Die Versammlung in den Pharus-Sälen war schon vor Beginn abgsperrt, weil der Saal vollständig überfüllt war. Die Tische mußten entfernt werden, um allen Anstürmenden Platz zu machen. Genosse Schlegel als erster Redner beleuchtete die außenpolitischen Ursachen der Teuerung. Einige kommunistische Zwischenrufer fertigte er unter dem Beifall der Versammlung ab. Genosse Herz von der U.S.P. schilderte in großen Zügen die innerpolitischen Gründe, die die Teuerungswelle und den Wucher hervorgerufen haben. Nicht die wahnsinnigen Reparationslasten allein, auch die brutale Preispolitik der Kartelle und Trusts tragen die Schuld an der Not des Volkes. Viele wichtige Verbrauchartikel sind höher gestiegen, als die Entwertung der Mark gegenüber 1914 ausmacht. Ein Mittel zur Bekämpfung der ungeheuren Wucherpraktiken findet der Redner in der Vereinigung der Arbeiterklasse, die jetzt durch die Einigung der beiden sozialistischen Parteien zum Anfang kommt. Hier bricht bei der Erwähnung der Vereinigung der Parteien brausender Jubel aus. Zwei Diskussionsredner, wovon der eine scheinbar Kommunist war, sprachen im Sinne der Referenten. Im Schlusswort führt Genosse Herz noch einmal die Gegenätze des jetzigen Elends und der Schimmererei den Versammelten vor Augen. Noch einmal erwähnt er, nach der Vereinigung der U.S.P. und SPD. den Kampf wie vor der Spaltung im alten Geiste der großen Volkspartei zu führen.

Im Garten hatte sich inzwischen eine Parallelversammlung gebildet. Zuerst sprach Genosse Weide, dann Genosse Schlegel von der SPD. und zum Schluß der Kommunist Dört.

## Prenzlauer Berg.

In der überfüllten Böhm-Brauerei waren die Parteigenossen auf dem Posten, um ähnliche Ereignisse, wie bei den letzten öffentlichen Versammlungen, unter allen Umständen unmöglich zu machen. Die Kommunisten sahen ein, daß es zwecklos war, hier Störungsversuche zu unternehmen. Stadtd. Gen. Dr. Wenl (U.S.P.) ging besonders auf die Ursachen der Teuerung ein, während unter Redner, Genosse U.K.O. die Vinderung der Not behandelte. Stürmischer Beifall brauste durch den Saal, als beide Referenten ihre Reden ausklangen ließen in dem Ruf nach Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Die Versammlung lehnte die K.P.D.-Anträge ab und nahm die der beiden sozialdemokratischen Parteien an. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die bald vereinigten soz. Parteien ging die Versammlung auseinander.

## Neukölln.

Im Schultzei, Hasenheide, waren lange vor Eröffnung des Lokals um 6 Uhr die Besucher in Massen erschienen, und bei Öffnung des Saales war er im Augenblick überfüllt. Tische und Stühle wurden herausgeschafft und auch die Bänke waren gedrängt voll. Ueber der Versammlung lag von Anbeginn eine starke Nervosität, die aber bei gelegentlichen Ausbrüchen durch unseren wohlorganisierten Ordnungsdienst im Keime erstickt wurden. Pünktlich um 7 Uhr eröffnete Genosse Heller die Versammlung und nach dem unabhängigen Landtagsabgeordneten Gen. Reier betonte Genosse Graumann, daß er gezwungen sei, harte Taktiken zur Kenntnis zu bringen. Er wies darauf hin, daß bereits 25 Wirtschaftsvereinigungen dazu übergegangen sind, nicht mehr in Mark, sondern in Devisen zu fakturieren. Die Regierung, die mit starken Maßnahmen gegen diesen Wucher vorgegangen ist, kann nicht verhindern, daß diese Verbände jetzt nur mehr in Goldmark die Ware umsetzen. Besonders betont er bei Erörterung der Gewerkschaftsforderungen, daß die Regierung mit Polen Verträge abgeschlossen hat, die gestatten, Kartoffeln einzuführen, die sich frei Deutsches auf 210 M. per Zentner, im Kleinhandel wahrscheinlich 280 M. stellen werden. Es beweist das, daß die Regierung mit allen Möglichkeiten, die ihr zu Gebote stehen, versucht, die Not des Volkes zu lindern. Von besonderer Wichtigkeit war es, als der Redner erklärte, es wäre ein Verbrechen an deutschen Volke, es glauben zu lassen, es läge an eigener Kraft, sich aus diesem Wirrwort befreien zu können. Das sei unmöglich. Kein Kongress, kein Generalkongress, auch nicht die völlige Herbeiführung der politischen und wirtschaftlichen Macht des Proletariats könne das. Diese Wahrheit müsse gesagt werden. Vor dem Eintreten in die Diskussion sehten tumultuarische Szenen ein, in denen der Ruf der Mücke unterging. Dasselbe wiederholte sich bei Verlesung der Resolution, und nur dem schärfsten Auftreten unserer Parteigenossen gelang es, die Wogen der Erregung zu glätten. Die Diskussion zeigte Redner aller drei Parteien.

In den Vororten hatten die angekündigten Versammlungen gleichfalls einen außerordentlich starken Besuch. Unsere Genossen referierten mit denen der U.S.P. Die Versammlungen nahmen einen ausgezeichneten Verlauf, der nur durch Kommunisten, weislich ohne Erfolg, bestritten wurde.

Ein bayerisches Zeitungsverbot. Die Münchener Tageszeitung „Das bayerische Vaterland“ wurde wegen Verleumdung des Reichsführers auf drei Tage verboten. — Das „Bayerische Vaterland“ zählt zu den berüchtigten reaktionären Heftblättern vom Schloß des „Riesbader“. Sozialdemokratische Zeitungen werden in Bayern auf erheblich längere Zeit verboten.

# Gewerkschaftsbewegung

## Konferenz des Kartells der Gauleiter.

Wir erhielten gestern einen am Nachmittag des letzten Donnerstag an uns zur Verfügung gegebenen Bericht über eine Konferenz des Kartells der Gauleiter aller freien Gewerkschaften für die Provinz Brandenburg sowie der Ortsangehörigen der einzelnen Verbände, der bereits in der Donnerstag-Morgenausgabe der „Freiheit“ erschien.

Die am 10. September abgehaltene Konferenz befaßte sich zunächst mit der Sozialen Bauhütten-Gewerkschaft. Nach einem Referat des Genossen Lüdeman wurde eine Entschließung gefaßt, in der die dringende Notwendigkeit anerkannt wird, die sozialen Bauhütten zu fördern, und zwar dadurch, daß die vermögenden Ortsverwaltungen für die Bauhüttenbewegung unverzüglich namhafte Summen zur Verfügung stellen sollen, oder, falls kein Ortsstellenbestand vorhanden ist, durch einen einmaligen Beitrag der Mitglieder in Höhe von 20 M., wozu die Hauptvorstände um Zustimmung ersucht werden sollten. Die so gesammelten Gelder sollen durch Vermittlung der Gauvorstände an den Bauhütten-Betriebsverband Berlin-Brandenburg abgeführt werden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Partei-„Presse“ wurde nach den Ausführungen des Genossen W. Krüger eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Soll unser geistiges und politisches Leben nicht völlig verflachen, muß neben der staatlichen Unterstützung, die der gesamten deutschen Presse zuzuführen ist, die organisierte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenenschaft zur Selbsthilfe schreiten, um die eigenen Zeitungsunternehmungen unter allen Umständen zu sichern.“

Die Konferenz stellt einmütig fest, daß der gewerkschaftliche Kampf nicht mit Erfolg geführt werden kann ohne eine Presse, die die öffentliche Meinung im Sinne der Kämpfenden zu beeinflussen vermag. Sie ist weiter der Auffassung, daß Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterpresse untrennbar miteinander verknüpft sind, daß eins oder das andere die gestellten Aufgaben nicht zu lösen vermag. In der Erkenntnis dieser Tatsache ersucht die Konferenz die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, folgende wichtige Forderungen alsbald praktisch werden zu lassen:

1. Durch Ausschreibung eines außerordentlichen Pflichtbeitrages der Arbeiterpresse Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Beitrag muß mindestens 20 M. pro Mitglied betragen.
2. Die örtlichen Verwaltungsstellen sowie Ortsausschüsse aufzufordern, mehr wie bisher den Inseratenteil der Presse zu benutzen.
3. Die Mitglieder aufzufordern, Abonnenten der Arbeiterpresse zu werden.

Die Konferenz verpflichtet sich, diese Forderungen im eigenen Bezirk zu verwirklichen, falls die Spitzenorganisationen nicht umgehend den geäußerten Wünschen Rechnung tragen.

Es ist erfreulich, daß man in Gewerkschaftskreisen der Not der Presse nicht mehr teilnahmslos gegenübersteht, sondern sie fördern will. Darum sind insbesondere die unter 2 und 3 bezeichneten Mittel geeignet.

## Strafen in der Arbeitsordnung.

Infolge eines tschechischen Beschlusses ist diese Abhandlung in der Donnerstag-Ausgabe im „Vorwärts“ leider verstümmelt erschienen. Da es sich um eine Angelegenheit von wesentlicher allgemeiner Bedeutung handelt, geben wir die Darlegung noch einmal in der richtigen Form wieder.

Seit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes herrscht in Theorie und Praxis des Arbeitsrechts ein lebhafter Meinungskampf um die Auslegung des § 80 Abs. 2 B.G.B., demzufolge die in § 124b Ziff. 4 der Gewerbeordnung vorgesehene Bestrafung von Strafen durch den Arbeitgeber gemeinschaftlich mit dem Gruppenrat, mangels Einigung beider durch den Schlichtungsausschuss zu erfolgen hat. Die Praxis der Schlichtungsausschüsse, die, wie ausdrücklich bemerkt sei, zur Entscheidung dieser reinen Rechtsfrage regelmäßig unzuständig sind, aber von den Beteiligten in zahlreichen Fällen angerufen worden und in Tätigkeit getreten sind, hat sich im Gegensatz zu der (abgegeben von der Literatur aus dem Arbeitgeberlager) fast ausnahmslos Ansicht der wissenschaftlichen Bearbeiter des Arbeitsrechts in den meisten Fällen auf einen den Arbeitnehmern ungünstigen Standpunkt gestellt, daß nämlich § 80 Abs. 2 sich nicht auf die Einzelstrafbestrafung beziehe, obwohl, wie das Reichsarbeitsministerium und das Preussische Handelsministerium betont haben, der zweite Absatz des § 80 dann vollkommen überflüssig gewesen wäre, weil die Mitwirkung bei der Aufstellung der Strafbestimmung im allgemeinen bereits durch § 80 Abs. 1 vorgeschrieben ist.

Eine besondere Stärkung erfährt die Ansicht der Schlichtungsausschüsse und der Arbeitgeber durch ein Urteil des sächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 25. Mai 1921, das von der Unternehmerseite überall verbreitet worden ist. Einen Ueberblick über den Stand der Streitfrage gibt Flatau in seinem Kommentar zum B.G.B. 10. Aufl. § 80 Anm. 2, sowie in einem Spezialausf. in der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht“, 1. Jahrgang, Heft 9/10, Sp. 433 ff. Dem vom Reichsarbeitsministerium vertretenen Standpunkt haben nun kürzlich zwei Berichte gebilligt, indem sie der Klage von Arbeitern stattgaben, denen eine ohne Mitwirkung des Gruppenrats festgesetzte Geldstrafe vom Lohn abgezogen worden war und die nunmehr auf Rückzahlung des abgezogenen Betrages klagten. Das eine Urteil ist vom Amtsgericht Rathenow unter dem 15. Juni 1922 ergangen und in Nr. 10 des „Betriebsrats“, Beilage des „Proletarier“, Organ des Fabrikarbeiterverbandes, vom 9. September 1922, Seite 75, veröffentlicht, das andere Urteil ist vom Landgericht Dortmund am 19. Juni 1922 gefällt, nachdem das Berggewerbegericht sich in erster Instanz den Standpunkt der Arbeitgeberseite zu eigen gemacht hatte. Das landgerichtliche Urteil, das noch nicht veröffentlicht ist, betont mit aller Entschiedenheit, unter Bezugnahme auf die ausführlichen Darlegungen Flatau's in der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht“, daß § 80 Abs. 2 nicht anders als im Sinne der Mitwirkung des Gruppenrats bei der Einzelstrafbestrafung ausgelegt werden könne, daß dies allein der Entstehungsgeschichte, dem Zweck und sozialen Gedanken des Betriebsrätegesetzes entspricht und daß infolgedessen die ohne die Mitwirkung der Betriebsvertretung festgesetzte Strafe nicht rechtmäßig, der Lohnabzug also zu Unrecht erfolgt ist, und die Rückzahlung des Lohnes stattzufinden habe. Die Arbeiterschaft tut gut, für eine Verbreitung dieser beiden Urteile Sorge zu tragen.

## Was geht im besetzten Gebiet vor?

Durch die Presse geht eine von der Berliner B.S.-Korrespondenz verbreitete Nachricht über eine kommunistische Eisenbahnerbewegung, vor allem unter den Werkstättenarbeitern und dem Rangier- und Streckenpersonal, die vor allem in Südwestdeutschland und im besetzten Gebiet um sich greifen soll. Das Reichsverkehrsministerium hält, wie den B.S. auf Anfrage mitgeteilt wird, diese Meldung für stark übertrieben. Zwar ist dem Reichsverkehrsministerium bekannt, daß kommunistische Agitatoren unter den Eisenbahnerarbeitern an der Arbeit sind, besonders im besetzten Gebiet. Doch hegt man im Reichsverkehrsministerium das Vertrauen, daß diese Absicht der Kommunisten scheitern werde. Wie überall, so ist den kommunistischen Führern die Tätigkeit für ihre Agitation erleichtert durch die starke Entwertung der Mark und die damit verbundene Teuerung.

Die Meldungen sind noch dem Sozialdemokratischen Parlamentaristen nichts weiter als Ueberreibungen. Der Bunch sei der Vater der Gerüchte. „Daß die Kommunisten gern die Wünsche der Tagung des Deutschen Eisenbahnerverbandes — die übrigens eben erst die sofortige Einleitung einer neuen Teuerungsoffensive und die Reform der gegenwärtigen Lohn- und Gehaltspolitik für die deutschen Eisenbahner gefordert hat — und die Abwesenheit eines Teils der Funktionäre des Verbandes im Rheinlande benutzen möchten, um ein Feuerchen anzuzünden, ist nicht unbekannt. Die Herrschaften liegen schon länger auf der Lauer und möchten gerade jetzt mit Hilfe einer gewissenlosen Hezhe die Eisenbahnerbewegung den erprobten Führern aus den Händen reißen. Sie werden sich aber täuschen!“

Die T.L. meldet: In einer Reihe von Bahnhöfen Kölns sind örtliche Eisenbahnerstreiks ausgebrochen. Die Verhandlungen mit der Direktion sind ergebnislos verlaufen. Es ist ein größerer Umfang des Streiks zu erwarten. (1) Auch in Teilen Westfalens scheinen sich ähnliche Bewegungen anzuspinnen. Auch die Post wird anscheinend davon in Mitleidenschaft gezogen. . .

## Erweiterung der geschlichen Gehaltsgrenzen.

Die A.F.A.-Verbände haben beim Reichsjustizministerium beantragt, die Zuständigkeitsgrenze im Gewerbe- und Kaufmannsgericht für Angestellte von 100 000 M. auf 300 000 M. zu erhöhen und die Verzugsgrenze von 5000 bzw. 6000 M. auf 15 000 M. für die im Handelsgesetzbuch vorgesehenen Schutzbestimmungen betr. Kündigung und Wettbewerbsverbot, wie für die in den §§ 183a und 183b G.D. für technische Angestellte und Verwalter enthaltenen Schutzbestimmungen sollen die Gehaltsgrenzen auf das Dreifache erhöht werden.

## Lohnunterschiede im Großhandel.

Seit Mitte August drängt der Deutsche Transportarbeiter-Verband auf zeitensprechende Löhne im Handels- und Kaufmannsgewerbe. In den dem Groß-Berliner Arbeitgeber-Verband des Großhandels angeschlossenen Branchen: Chemikalien, Mineralöle und Fette, Glas und Keramik, Altimetal, Textilwaren, Lederwirtschaft, Samen und Kolonialwaren werden heute noch Löhne von 1400 bis 1650 M. pro Woche den verheirateten männlichen Arbeitern mit versorgungspflichtigen Kindern gezahlt. Verhandlungen im Anfang voriger Woche führten zu keinem zufriedenstellenden Resultat; recht beschwerliche Mindestforderungen wurden mit nichtigenden Schreiben kurzerhand abgelehnt. Mitte September erklärte dieser Arbeitgeberverband ganz lakonisch: „Aust den Schlichtungsausschuss an“. Bei dem schlechtesten Willen dieser Organisation kann die Arbeiterschaft ruhig weiter hungern. Die Branchen des Handelsgewerbes, die ihre Preise täglich in ungeheurerem Maße erhöhen, — siehe Schuh- und Lederwaren, Textilien aller Art — sie können angeblich ihren Angestellten nicht einmal so viel an Wochenlohn bezahlen, wie sie für einen Sektel, für einen halben Meter Stoff erhalten, um denselben das nackte Leben zu sichern. Heute mittag 1 Uhr demonstriert das gewerbliche Personal obenbenannter Branchen in einer durch Säulenanschlag bekanntgegebenen öffentlichen Protestversammlung auf dem Neuen Markt, Kaiser-Wilhelm-Straße,

## gegen die Hungerlöhne im Handelsgewerbe.

Die Arbeiterschaft ist nicht länger willens, sich eine derartige Behandlung vom Arbeitgeber-Verband gefallen zu lassen. Sie ist es sich und ihren Familien schuldig, um den drohenden Hungerstrophus abzumehren, mit allen Mitteln für menschenwürdige Löhne zu sorgen. Sie demonstrieren gegen den schleppenden Gang der Verhandlungen. Es ist daher zu erwarten, daß alle Berufsangehörigen heute mittag die Arbeitstellen so zeitig verlassen, daß sie in geschlossenen Zügen vollzählig und pünktlich um 1 Uhr an der Kundgebung teilnehmen.

Heraus zum Protest! Niemand darf fehlen!

## Aus der Damenwäschbranche.

In einer gut besuchten Versammlung am Donnerstag in den Arminkassen nahmen die Mitglieder der Brandensektion des Bekleidungsarbeiterverbandes zu dem Lohnangebot der Unternehmer Stellung. Für die Zeit vom 1. bis 15. September war eine Zulage von 75 Proz. gefordert. Bei der Verhandlung am 8. September boten die Arbeitgebervertreter 14% bzw. 21 Proz., was die Vertreter der Arbeiter ablehnten. Damit waren die Verhandlungen gescheitert, zumal die Unternehmervertreter ausdrücklich erklärten, sie hätten zu höheren Zugeständnissen kein Mandat. Wie diese Behauptung mit der Tatsache in Einklang zu bringen ist, daß am nächsten Tage an die Mitglieder des Verbandes der Berliner Damenwäschbranche ein Zirkular versandt wurde mit der Aufforderung, für die laufende Lohnwoche eine Zulage von 30% Proz. zu zahlen, ist unverständlich.

Am 13. September wurde erneut verhandelt und nun boten die Unternehmervertreter 33% Proz. Auch das mußten die Arbeitervertreter als zu gering ablehnen und den Schlichtungsausschuss anrufen.

Nach eingehender Diskussion beschloß die Versammlung, an der Forderung von 75 Proz. festzuhalten und die Lohnkommission zu beauftragen, diese Forderung mit allen Mitteln zu verfechten. Für die zweite Septemberhälfte sollen weitere 25 Proz. Zulage gefordert werden.

## Lohnbewegung der Brauerei- und Spirituarbeiter.

Die im Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands (früher Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter), Ortsverein Berlin, organisierten Brauereiarbeiter haben am 9. September eine Lohnbewegung beendet. Der Lohn der Gelehrten wurde ab 31. August 1922 von 2010 auf 3050 M. und vom 14.—27. September auf 3450 M. je Woche erhöht. Der Lohn des Fahrpersonals wurde in dem gleichen Zeitraum von 1925 auf 3025 M. bzw. 3425 M. und der Lohn der Ungelehrten

ten von 1980 auf 3000 M. bzw. 3400 M. je Woche aufbehalten. Die Wochenlöhne der Frauen stiegen in der oben angegebenen Zeit von 1300 bis 1400 M. auf 1900 bis 2100 bzw. 2000 bis 2200 M. je Woche. Die Jugendlichen erhielten 52 Proz. Lohnzulage. Der Lohn der stundenweise beschäftigten Reinemachefrauen erhöhte sich für die ganze Zeit des Lohnabkommens von 22,50 auf 33 M. je Stunde. Alle übrigen Bezüge, wie Fahrerprovisionen, Entschädigung aus § 616 des B.G.B. wurden entsprechend aufbehalten. Das neue Lohnabkommen gilt als Sondervertrag vom Mantelarifvertrag der gewerblichen Arbeitnehmer in Berliner Brauwerke vom 26. April 1921 und läuft ohne Kündigung am 27. September d. J. ab.

Die in den Betrieben der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Brauntwein beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mußten, da bei den gegenseitigen Lohnverhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, den Schlichtungsausschuss anrufen. Durch Schiedspruch vom 9. September d. J. wurden die Löhne der Spirituarbeiter und -arbeiterinnen in nachstehender Weise erhöht: Für Gelehrte vom 1. September bis 14. September von 2010 auf 3140 M. und vom 15. September bis 30. September auf 3540 M. je Woche; für Ungelehrte im gleichen Zeitschnitt von 2600 auf 3130 M. bzw. 3530 M. je Woche. Die Löhne der Frauen wurden auf 80 Proz. der Männerlöhne — 2504 M. bzw. 2824 M. festgesetzt. Die übrigen Bezüge wurden entsprechend aufbehalten. Dieses Lohnabkommen bildet einen Teil des Reichsmantelarifvertrages für gewerbliche Arbeiter in der Destillation, Spiritfabrikation, Gärungsgewerbe und Getränkeindustrie vom 12. September 1921.

## Die Technische Nothilfe im Eisenbahnbetriebe.

Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Künstler richtete unter dem 14. Juli an die Reichsregierung folgende Anfrage:

1. Wird der Unterricht an die Technische Nothilfe mit Zustimmung des Reichsverkehrsministeriums erteilt?
2. Billigt das Reichsverkehrsministerium die Tätigkeit von im Dienst des Reiches stehenden Beamten als Ausbildungspersonal für die Technische Nothilfe?
3. Ist die Reichsregierung bereit, den Unterricht an die Technische Nothilfe zu verbieten?

Der Reichsverkehrsminister hat nunmehr geantwortet, die Erfahrungen beim letzten Eisenbahnerstreik hätten gezeigt, daß dem Versuch einer Stilllegung des Eisenbahnbetriebs durch vorbeugende Maßnahmen entgegen gewirkt werden müsse. Er halte es für seine Pflicht, in diesem Sinne Vorbereitungen zu treffen. Die Fragen 1 und 2 hat der Minister mit „Ja“ und Frage 3 mit „Nein“ beantwortet.

Es sollen also weiterhin Angehörige der Technischen Nothilfe in den Betrieben der Reichseisenbahn ausgebildet werden.

## Der Wiener Buchdruckerstreik beendet.

Wien, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Buchdruckerstreik ist gestern abend mit einem zufriedenstellenden Erfolg der Arbeiter beendet worden. Die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft, die wöchentlich einen Stundenlohn für die nicht allzu zahlreichen Buchdrucker opferte und das alleinige Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung“ seit zwei Tagen hatten die Unternehmer nachgiebig gemacht. Alle Zeitungen erscheinen wieder.

Bei der Stäbelsbahn in Brandenburg wurde Donnerstag früh die Arbeit eingestellt. Es handelt sich um etwa 400 Arbeiter. Diese hatten noch Stundenlöhne von 22 bis 28,10 M., wozu jetzt ein Zuschlag von 65 Proz. kommen sollte. Da die neuen Löhne noch bis zu 15 M. pro Stunde hinter denen der Industrie zurückblieben und örtliche Sonderverhandlungen erfolglos blieben, kam es zum Streik.

Der französische Nationalverband der Eisenbahner hat gegen das neue Dekret über den Achtstundentag bei der Eisenbahn eine Protesterklärung veröffentlicht. Dem Ministerat wird darin das Recht abgesprochen, gegen die vom Parlament beschlossenen Gesetze über die Rechte der Arbeiter zu verstoßen. Sein Beschluß wird als eine Provokation aufgefaßt, und er wird für die Folgen desselben verantwortlich gemacht. Der Eisenbahnerverband kündigt den organisierten Widerstand an gegen den reaktionären Gewaltstreik, der ohne Beispiel in der Geschichte der Arbeiterschaft dasthe.

## Aus der Partei.

Hans Bäumer gestorben. In Radeburg verstarb am 12. September Genosse Hans Bäumer, Ueber an einem Lungenleiden, das er sich durch die Unterernährung fast dreijähriger Kriegsgefangenschaft zugezogen hatte. Bäumer war besonders durch seine Kriegsbriefe bekannt geworden, die seinerzeit die Runde durch die Parteipresse machten. Auch der „Vorwärts“ und die „Blode“ brachten Beiträge von dem jungen Genossen, der nur ein Alter von 31 Jahren erreichte. Nach Rückkehr aus englischer Gefangenschaft vertraute man ihm die Leitung der Erwerbsbeschränktenfürsorge in Radeburg an, wo er hervorragendes geleistet hat. Ein prächtiger Mensch, voll Energie und Willenskraft, der für unsere Partei noch zu großen Hoffnungen berechtigte, ist mit ihm dahingegangen.

Verantwortlich für den Inhalt: Zell: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Bode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. 412/23 1. Beilage.

**Café Zielka, Friedrichstr. 39/40 Heute, Sonntag, 4 Uhr**  
Wiederbeginn **Nachmittags-Kabarett-Vorstellungen**  
im großen Konzertsaal bei freiem Eintritt. — Reservierter Platz 5. M.

Kalkarmut des Körpers ist die Ursache vieler Schwachzustände.  
**Kalzan** beugt vor!  
In Packungen von 90 und 45 Tabletten in Apotheken und Drogerien erhältlich. — Aufklärende Broschüren kostenlos durch Johann H. Wäsing, Berlin SW 45, Friedrichstr. 231

Weinbrand **Winkelhausen** Alle Reserve  
**Gegen Grippe und Schnupfen hilft Goldfarb's Gesundheitstabak**